



Landespolitisches

Programm

2026 –
2031

www.oedp-bw.de

**Ökologisch-Demokratische Partei
Familie und Umwelt**



Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Prolog: Worum es uns geht | 3 |
| Bildung | 4 |
| Frühkindliche Bildung / schulische Bildung / Lehrkräfte und Schulausstattung / Hochschulen und Forschung | |
| Bodenschutz und Wohnungsbau | 8 |
| Erhalt der Freiflächen / Wohnungsbau | |
| Demokratie | 9 |
| Lebendige Demokratie / Unabhängigkeit in der Politik | |
| Energie und Klima | 10 |
| Energiewende / Klimaschutz | |
| Familie | 13 |
| Schwangerschaft / Geburtshilfe / Erziehungsgehalt / Jugend / Menschen mit Behinderung / Senioren | |
| Gesundheit | 16 |
| Gesundheitsvorsorge und -erziehung / Drogen / medizinische Versorgung / Krankenversicherung / Pflege / Mobilfunk | |
| Innere Sicherheit | 20 |
| Gewaltprävention / Strafverfolgung | |
| Kultur | 22 |
| Kulturförderung / geschlechtergerechte Sprache | |
| Landwirtschaft | 23 |
| Acker-, Obst- und Gemüsebau / Weinbau | |
| Migration | 25 |
| Asyl / Arbeitsmigration / Integration | |
| Natur- und Landschaftsschutz | 28 |
| Umweltgesetzgebung / Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete / Streuobstlandschaft / Lichtverschmutzung / Forstwirtschaft / Jagd / Wölfe | |
| Tierschutz | 32 |
| Tierhaltung / Tiertransporte und -schlachtung / Tierversuche | |
| Verkehr | 34 |
| Verkehrsvermeidung / Fuß- und Radverkehr / ÖPNV / Güter- und Fernverkehr / Straßenverkehr | |
| Wirtschaft und Arbeitsmarkt | 37 |
| Wirtschaft ohne Wachstumszwang / Kreislaufwirtschaft / Gemeinwohlökonomie | |
| Epilog | 40 |

Worum es uns geht

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

warum sollten Sie bei dieser Landtagswahl die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) wählen? In diesem Programm finden Sie zahlreiche Gründe, weshalb die ÖDP für Sie die echte Wahlalternative ist.

Hier finden Sie den roten Faden der ÖDP-Politik: Die gesamte Politik der ÖDP ist von der Achtung vor dem Leben geprägt. Aus dieser Achtung heraus sind wir bestrebt, die Lebensgrundlagen aller Lebewesen zu erhalten.

Uns ist der Erhalt der Lebensgrundlagen in unserem Land äußerst wichtig. Wir alle leben hier, hier wachsen unsere Kinder auf, hier wollen wir unseren Lebensabend genießen. Dabei wünschen wir uns ein Land, in dem man saubere Luft atmen kann, Flüsse unbelastet sind, blühende Wiesen Nahrung für Insekten bieten und Dörfer und Städte lebendig bleiben.

Unser Land steht aber auch an einem Wendepunkt. Die Klimakrise, schwindender Lebensraum für Tiere und Pflanzen, überlastete Schulen und Krankenhäuser, Wirtschaftskrise – all das spüren wir längst im Alltag. Viele Menschen fragen sich: Wer denkt eigentlich noch an die großen Zusammenhänge? Wer setzt sich wirklich für Mensch und Natur ein – ohne sich von Konzernen oder Lobbygruppen beeinflussen zu lassen? Wer hat den Mut, sich den Krisen entgegenzustellen?

Die Antwort: die ÖDP.

Die ÖDP steht für diesen Mut. Wir wollen eine Politik, die nicht nur die nächste Wahl im Blick hat, sondern die nächsten Generationen.

Wir stehen ein

- für eine Landwirtschaft, die unsere Böden und Tiere gesund hält,
- für eine Gleichbehandlung der Familienarbeit und für eine ganzheitliche Bildung,
- für eine innovative, gemeinwohlorientierte Wirtschaft, die unsere Zukunft sichert
- und für eine lebendige Demokratie, in der Bürgerinnen und Bürger mitgestalten können.

Wir sind unabhängig von Konzernspenden – unser einziges „Lobbying“ gilt den Menschen, der Natur und dem Leben. Wir hören zu, wir handeln, wir bleiben ehrlich.

Wählen Sie die ÖDP – weil wir unsere Heimat lieben. Weil wir sie bewahren wollen. Und weil es Zeit ist, den Mutigen eine Stimme zu geben.

**ÖDP Baden-Württemberg
Mit Herz. Mit Verstand. Für morgen – für ein Leben mit Zukunft.**

Bildung

Werteorientierte Bildung dient dem Einzelnen und der Gesellschaft

Wer die ÖDP wählt, setzt sich für eine am Menschen und an Werten orientierte Bildung und für eine verantwortungsbewusste Forschung ein.

Bildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition einer Gesellschaft. Dabei geht es um die Entfaltung der Persönlichkeit. Alle Menschen sollen befähigt werden, Herausforderungen im persönlichen wie auch im gesellschaftlichen Bereich – in Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik – zu bewältigen. Und sie sollen lernen, Verantwortung zu übernehmen.

A. Frühkindliche Bildung

Kindergärten und Kindertagesstätten sind ein Baustein für die frühkindliche Bildung. In Deutschland haben Kinder von Vollendung des ersten Lebensjahres an bis zur Einschulung einen Rechtsanspruch auf Betreuung in einem Kindergarten, in einer Kindertagesstätte oder in einer Kindertagespflege.

Begründet wird der Rechtsanspruch einerseits mit der Notwendigkeit der frühkindlichen Bildung aufgrund nicht ausreichender Vorbereitung der Kinder bei Schuleintritt. Andererseits wird die fortschreitende Auslagerung der Kinderbetreuung aus der Familie in außerhäusliche Betreuung arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch angestrebt.

Die echte Entscheidungsfreiheit, die eigenen Kinder in den ersten Lebensjahren selbst betreuen zu können oder sie in eine Krippe oder Kita zu geben, haben viele Eltern leider nicht. Die ÖDP möchte den Eltern diese Wahlmöglichkeit bieten. Deshalb ist sie für die Einführung eines sozialversicherungspflichtigen Erziehungs- und Pflegegehalts, das auch zur Finanzierung einer Fremdbetreuung nach Wahl der Familie verwendet werden kann. Auch die Anerkennung der Familienleistungen im Rentensystem gehört zum Programm der ÖDP. Dies ist eine echte liberale und fortschrittliche Familienpolitik.

Für die ÖDP ist eine zuverlässige und feinfühlig Bindung in den ersten Lebensjahren eine Grundvoraussetzung für gute Bildung in Kindergärten und Schule. Dies geschieht am sichersten im Elternhaus oder ergänzend in familienähnlichen Betreuungsumgebungen. Zwar haben Bildungseinrichtungen neben dem Bildungs- auch einen Erziehungsauftrag, dieser darf aber nicht nur ihnen aufgeladen werden. Auch Eltern müssen ihren Beitrag zu den Erziehungsleistungen erbringen.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Gebührenfreie (halbtägliche) Kindergartenpflicht im letzten Jahr vor Schuleintritt, damit ein eventueller Förderbedarf rechtzeitig vor Schuleintritt erkannt werden kann
- Einsatz der Landesregierung für ein Erziehungsgehalt, um Erziehungsleistungen von Eltern zu honorieren und die häusliche Kindererziehung nicht zu benachteiligen
- Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen, um ihren Pflichtaufgaben in der Betreuung nachzukommen
- Weitere Ausdifferenzierung der Ausbildung von Erziehungskräften
- Anpassung der Bezahlung der pädagogischen Fachkräfte an die der Lehrerberufe

Schließlich werden in den Kindergärten wie im Elternhaus die Weichen für die Entwicklung der Kinder gestellt.

B. Schulische Bildung

An den Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft soll der demokratische Umgang miteinander eingeübt und die Bereitschaft zu sozialem, ökologischem und politischem Engagement gefördert werden.

Die ÖDP unterstreicht damit besonders den Bildungsauftrag, die Lebensgrundlagen zu bewahren und neben der Fach-, Sozial-, Methoden- und Medienkompetenz verstärkt das Wissen über ökologische Zusammenhänge zu vermitteln.

Die ÖDP unterstützt Eltern in ihren verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder in der Schule verantwortungsbewusst mitzugestalten. Dazu gehört auch die Wahlfreiheit der Eltern über die Schulform. Deshalb lehnt sie die verpflichtende Ganztagschule in allen Schularten ab. Für Familien, die diese wünschen oder benötigen, sollen Ganztagschulplätze zur Verfügung stehen.

Beziehungsfähigkeit, also die Fähigkeit, Bindungen zu anderen aufzubauen und zu pflegen, ist eine Voraussetzung guter Bildung. Die altersgemäß gestalteten Beziehungen sollen zur Selbständigkeit und Selbstverantwortung führen. In den weiterführenden Schulen kann die Ganztagschule für viele Eltern ein gutes und wichtiges Angebot sein, sofern sie die pädagogischen Standards (rhythmisierte Schulalltag, Kooperation mit Vereinen, Verbänden, Musikschulen, Kirchen usw. und Unterrichtsende nach höchstens acht Unterrichtsstunden) erfüllt.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Wohnortnahe Schulversorgung als Vorbereitung auf möglichst viele Abschlüsse

Schulstandorte sollen, besonders im ländlichen Raum, in zumutbarer Erreichbarkeit erhalten bleiben. Wenn dies in der bisherigen Form nicht möglich ist, kann eine Schul- und Unterrichtsorganisation im Schulverbund, in der Gemeinschaftsschule oder notfalls in jahrgangsübergreifenden Klassen helfen, den Schulstandort zu erhalten.

- Kostenlose Schülerbeförderung als Ergänzung der Lernmittelfreiheit und kostenlosen Schulbildung
- Chancengleichheit und Förderung der individuellen Bildung
- Harmonisierung der bundesweiten Schulsysteme
- Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems und der vielfältigen Schullandschaft
- Eine stärkere finanzielle Prioritätensetzung zugunsten der Bildung ohne die einseitige Bevorzugung einzelner Schularten

- Eine stärkere Kooperation von allgemeiner und beruflicher Bildung

Die ÖDP hält eine stärkere Kooperation zwischen beruflichem und allgemeinbildendem Schulwesen für notwendig. So lässt sich der Bildungsbedarf einfacher erkennen, welcher der Infrastruktur einer Region entspricht und diese weiterbringt.

- Eine noch stärkere Durchlässigkeit zwischen den Schularten zur Ermöglichung eines begabungsgerechten Bildungsweges
- G9 als Standardform des Gymnasiums mit Berücksichtigung von G8 als zusätzlicher Wunschform
- Einen Klassenteiler von maximal 25 Schülern, unter schwierigen Bedingungen auch weniger
- Stärkere Förderung der Schüler durch handwerkliche, künstlerische und musische Fächer sowie Sport, was nicht zu Lasten der Kernkompetenzfächer wie Mathematik und Deutsch geschehen darf
- Mehr fächerübergreifender Unterricht

Das Lernen auf diese Art und Weise ermöglicht ein ganz neues Lernen in Zusammenhängen und nicht in klar voneinander abgegrenzten Bereichen wie die Schulfächer. Beispielsweise greifen Naturwissenschaften sehr stark ineinander. Die Welt ist sehr komplex und facettenreich und kann nicht immer in voneinander abgegrenzten Schulfächern verstanden werden.

- „Digital bei Bedarf“ anstelle von „digital only“ als Maxime der Bildungseinrichtungen und der Pädagogik

„Digital only“ ist die Maxime der Digitalwirtschaft und Datenökonomie. Für Schulen stehen der sich entwickelnde und lernende Mensch und das reale (Er)Leben im Mittelpunkt, nicht die Technik. Die Gesellschaft braucht eine Rückbesinnung auf die Bedeutung der Allgemeinbildung statt Verkürzung auf MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Dazu gehören auch die ästhetische Bildung (Kunst, Musik, Literatur), Schulgärten, Schulorchester, Klassenfahrten, Bewegungs- und Sportprojekte und andere Formen des Erlebens von Gemeinschaft.

- Keine vollständige Digitalisierung des Unterrichts

Bücher müssen weiterhin das Hauptlernmedium sein. Digitale Geräte als Hilfsmittel können altersgerecht und selbstbestimmt von den Lehrenden eingesetzt werden. Sie müssen ergonomischen Standards entsprechen, dürfen also die Gesundheit nicht schädigen. Speziell der Einsatz von Tablets und Smartphones muss auf den nötigen Umfang beschränkt werden, da die Nutzung gegen ergonomische Vorgaben verstößt. Die Folgen können Haltungsschäden und Augenerkrankungen sein. In Betrieben würde die dauerhafte Nutzung von Tablets gegen arbeitsergonomische Vorgaben verstoßen, da eine solche Nutzung zu Gesundheitsschäden führen kann.

- Medienerziehung mit dem Ziel der Medienmündigkeit als Bestandteil des Unterrichts
- Handyverbot an Grundschulen und Nutzungsverbot von privaten Endgeräten an weiterführenden Schulen während der Unterrichtszeiten
- Unterrichtseinheiten über Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftsmodell, zum Beispiel über die ökologisch-soziale Marktwirtschaft, Gemeinwohlökonomie-Konzepte usw.
- Unabhängigkeit des Bildungssystems und -inhalts von Forderungen der Wirtschaft

Wirtschaftsunternehmen, Stiftungen und andere Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen sollen in die schulische Arbeit eingebunden werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass keine einseitige Vereinnahmung der Lernenden erfolgt und eine kritische Auseinandersetzung möglich ist.

- Erweiterte Vermittlung von gesellschaftlichen Alltagskompetenzen, beispielsweise Grundwissen in Recht, Finanzen, Versicherungen und Steuern in den weiterführenden Schulen
- Einsatz von Berufsberatern an den Schulen
- Sensibilisierung der Lehrkräfte bei kleinsten Anzeichen von Übergriffigkeit gegenüber Kindern
- Aufnahme von Selbstverteidigungskursen in den Sportunterricht

Sichere Fuß- und Radwege zur Schule

C. Lehrkräfte und Schulausstattung

Das Bildungssystem steht kurz vor dem Zusammenbruch. Der Lehrermangel hat sich zu einer Dauerkrise mit dramatischen Auswirkungen entwickelt. Unterrichtsausfälle, überlastete Kollegien und sinkende Bildungsqualität sind nicht länger Warnzeichen, sondern Symptome eines Systems am Rand seiner Belastungsgrenze. Was die Gesellschaft braucht, ist ein struktureller Neustart – insbesondere in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte.

Nicht weniger problematisch ist die Ausstattung der Schulen – mit Lehrkräften, aber auch im materiellen Sinne. So fehlt es vielerorts an der technischen Ausrüstung der Schulen. Außerdem sind die Kollegien vielfach mit hohen bürokratischen Anforderungen konfrontiert.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Wertschätzung der Bildungsarbeit durch eine angemessene Bezahlung aller an der Bildung Beteiligten
- Wegfall kurzzeitiger Entlassungen zum Beispiel während der Sommerferien, insbesondere der sich im Referendariat befindlichen Lehrkräfte

Eine vorausschauende Lehrkraft- und Klassenplanung für Schulen ist mittels vorhandener statistischer Daten möglich und dringend notwendig.

- Deutliche Erhöhung der Studienplätze an pädagogischen Hochschulen für das Lehramt, vor

allem für Grundschullehrkräfte und die Sonderpädagogik

- Verbindliche Teilnahme an einem frühzeitigen mindestens vierwöchigen Schulpraktikum seitens aller Lehramtsstudierenden
- Attraktives, zweijähriges Aufbaustudium zur Sonderpädagogik
- Höhere Besoldung für Grundschullehrkräfte
- Stärkere Zusammenarbeit von Lehrkräften, Erziehenden sowie sozialpädagogischen und therapeutischen Fachkräften in den Schulen
- Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen von IT- und Verwaltungsarbeiten
- Konsequente Ausstattung der Schulen für Inklusions- und Integrationsleistungen, wo dies zielführend ist, unter Beibehaltung sowie Förderung von Sonder- und Förderschulen
- Eine bessere personelle Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften

Jede Schule muss ausreichend mit Personal besetzt sein, um kurzfristige Ausfälle auffangen zu können.

- Eine landeseinheitliche bedarfsorientierte Ausstattung aller Schulen, auch der beruflichen, mit sozialpädagogischem Personal und technischer Ausrüstung einschließlich deren dauerhaften Unterhaltung

- Ausbau der Digitalisierung in Schulen durch die Nutzung kabelgebundener Infrastruktur

Die kabellose Übertragung durch Nutzung der Lichtübertragung (Li-Fi), um Gesundheitsrisiken durch elektromagnetische Strahlung zu minimieren, soll durch Landeszuschüsse zur Umrüstung der Schulen gefördert werden. Bereits 2015 wurde die Entwicklung von Li-Fi durch Landeszuschüsse gefördert und inzwischen ist diese Technik serienreif und im Einsatz.

- Eine von großen außereuropäischen Firmen unabhängige Softwareausstattung in den Schulen
- Bildschirmfreie Kindergärten und Grundschulen, die sich an der „Leitlinie zur Prävention dysregulierten („unzureichend regulierten“) Bildschirmmediengebrauchs in Kindheit und Jugend“ orientieren, einer gemeinsamen Empfehlung von elf deutschen Fachverbänden

- Entbürokratisierung des Schulwesens bzw. des schulischen Berichtswesens und damit Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen

Gemeint sind beispielsweise die Entlastung bei der jährlichen Schulstatistik, einfachere Nachweisverfahren bei Förderanträgen, verringerte Vorschriften für Schulbaumaßnahmen oder bei Schulküchen durch das Veterinäramt.

D. Hochschulen und Forschung

Ver mehrt werden große Teile der Ingenieur- und Naturwissenschaften darauf reduziert, möglichst rasch neue Technologien zur Verfügung zu stellen. Mangelnde Zusammenarbeit über die Grenzen der Disziplinen hinweg führt dazu, dass wissenschaftliche Lösungsvorschläge für die ökologische Krise nicht greifen.

Die ständige Begleitung aller Wissenschaftszweige durch eine kritische und unabhängige Ethikkommission ist notwendig. Die Forschung leidet zusätzlich an befristeten Beschäftigungsverhältnissen mit geringer Entlohnung und hohem Arbeitspensum ohne Perspektive einer Weiterbeschäftigung an den Hochschulen, in der Wissenschaft und Forschung. Viele gute wissenschaftliche Mitarbeiter wandern deshalb ins Ausland ab oder müssen notgedrungen irgendeine andere Tätigkeit ausführen, da es unter anderem nicht genügend Stellen in der mittleren Ebene (wissenschaftliche Mitarbeiterstellen, die teilweise auch unbefristete Lebenszeitstellen sind) gibt.

Die ÖDP setzt hohe ethische Maßstäbe bei der Hochschul-Forschung an. Sie steht der Forschung an menschlichen Embryonen und der gentechnischen Veränderung menschlicher Keimbahnzellen ablehnend gegenüber. Die Patentierung von Genen des Menschen lehnt die ÖDP ab, da sie mit der Menschenwürde unvereinbar ist. Absolut unzulässig ist die Verschmelzung von menschlichen und tierischen Zellen zur Erschaffung neuer Lebewesen. Auch die gentechnische Manipulation und Patentierung von Tieren und Pflanzen ist inakzeptabel.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Strenge Kontrolle des Einflusses der industriellen Auftragsforschung, damit mit staatlichen Forschungsgeldern nur umweltschonende Technologien gefördert werden
- Verstärkte Förderung von Kultur-, Geschichts- und Geisteswissenschaften sowie der Bereiche Musik, Kunst, Theater und Film an den Hochschulen, da sie einen wichtigen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten können

- Weiterhin Befreiung des Erststudiums von Studiengebühren

Nur so ist gewährleistet, dass auch finanziell Schwächere ein Studium aufnehmen können. Ausgenommen von der Befreiung sind Studierende, die von außerhalb der EU zum Zweck des Studiums nach Baden-Württemberg kommen.

- Gleichrangige finanzielle Förderung der technischen, naturwissenschaftlichen, medizinischen und geisteswissenschaftlichen Fächer
- Aufdecken und Hinterfragen von Lobbyismus in der Wissenschaft durch entsprechende Transparenzvorschriften

Dies beinhaltet z. B. die Offenlegung der Beratertätigkeiten und Abhängigkeiten von Drittmitteln, die seitens Stiftungen, Industrieunternehmen und industrienahen privaten Instituten fließen.

- Keine zu gering bezahlte Beschäftigungsverhältnisse und keine unwürdige Beschäftigungspraktiken für wissenschaftliche Mitarbeiter
- Erhöhung der Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen in der mittleren Ebene, um gute wissenschaftliche Mitarbeiter an den Hochschulen zu halten und die Qualität der Lehre und Forschung zu verbessern

Bodenschutz und Wohnungsbau

Die Ressource Boden ist begrenzt

Wer die ÖDP wählt, setzt sich für die Erhaltung der unversiegelten Landschaft ein, bei gleichzeitiger Ausweitung preisgünstigen Wohnens.

In Baden-Württemberg werden (Stand Dezember 2023) jeden Tag 4,6 Hektar unbebaute Flächen – Wälder, Wiesen und Ackerland – in Wohngebiete, Gewerbegebiete und Verkehrswege umgewandelt. Damit verfehlt die Landesregierung ihr im Koalitionsvertrag selbst gestecktes Ziel von maximal 2,5 Hektar pro Tag deutlich.

Die Gründe für das hohe Maß an Flächenverbrauch sind vielgestaltig, zu den Hauptgründen gehören aber das Streben nach ständigem Wirtschaftswachstum, die Ausrichtung der Flächenplanung am Auto und ein sorgloser Umgang mit dem wertvollen Gut Boden. Die Versiegelung von zuvor unbebauten Flächen hat negative Auswirkungen auf das Klima, auf die Umwelt und auch auf die Lebensqualität der Menschen.

Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass möglichst wenig unbebaute Fläche versiegelt wird. Es gibt viele Beispiele dafür, dass ein bewusster und sparsamer Umgang mit dem wertvollen Gut Boden ausreichend wirtschaftliche Entfaltung ermöglicht und die Wohn- und Lebensqualität erhöht. Dafür bedarf es einer Flächenplanung, die Wohnen, Arbeiten und Freizeit in einem engen Zusammenhang sieht und kurze Wege anstrebt. So werden attraktive Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen erhalten und neu geschaffen. Außerdem wird der übermäßigen Umwandlung von Ackerflächen ein Riegel vorgeschoben.

A. Erhalt der Freiflächen

Eine Folge der individuellen Mobilität ist die Zersiedelung der Landschaft, einhergehend mit einem hohen Verbrauch des natürlichen Lebensraums. Die versiegelten Flächen nehmen zu und führen zu einem zunehmenden Verlust von Ackerflächen, Natur- und Erholungsräumen. Versiegelte Flächen heizen sich stärker auf als Grünflächen, werden bei Hitze unwirtlich und gefährden so die Gesundheit. Darüber hinaus bildet sich weniger Grundwasser, da Regenwasser nicht oder nur erschwert in den Boden gelangt und über Kanalsysteme abgeleitet wird. Bei Überlastung der Kanalsysteme können verheerende Überschwemmungen entstehen, die große Schäden verursachen. Es ist das Ziel der ÖDP, dass Zivilisation und Wohlstand nicht weiterhin mit steigenden Umwelt- und Gesundheitsgefahren erkauft werden.

Die ÖDP will eine weitere Zersiedelung verhindern, damit die schöne Landschaft Baden-Württembergs nicht weiter zerstört wird. Es gilt, die Nutzung von Wohn- und Gewerbeflächen zu verbessern und damit die Ausweitung von Siedlungs- und Gewerbeflächen zu reduzieren. Insbesondere in Gebieten mit besonders fruchtbaren Böden oder besonders wertvollen Naturräumen ist der Erhalt der unversiegelten Fläche wichtig. Es sind klare gesetzliche Vorgaben notwendig, um Rechtssicherheit zu schaffen und die Konkurrenz der Gemeinden um Arbeitsplätze, Steuerzahler und Einwohner zu beenden. Statt auf Konkurrenz sollte stärker auf zweckgerichtetes Zusammenwirken gesetzt werden.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Bevorzugung von Mehrfamilien- und Mehrgenerationenhäusern statt Einfamilienhäusern zur Verringerung des Flächenfraßes
- Nachverdichtung und Ausweisung neuer Baugebiete vorrangig im Bereich einer bestehenden ÖPNV-Anbindung
- Erhalt und Schaffung von großzügigen Grünanlagen in den Städten
- Durchsetzung des Verbots von Schottergärten
- Renaturierung ungenutzter Verkehrsflächen
- Kompakte Bauweisen (mehr in die Höhe oder Tiefe) mit reicher Begrünung
- Versiegelung von Flächen (Parkplätze, Lagerflächen...) nur mit geeigneter Wasserdurchlässigkeit
- Sanierung und Nutzung nicht genutzter Brachflächen
- Vermehrte Ausweisung nicht zu bebauender Zonen (Grünzäsuren) in Regionalplänen
- Erhalt größerer naturnaher Freiräume durch die Ausweisung von Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebieten oder Natura 2000-Schutzgebieten
- Einhaltung der Netto-Null-Versiegelung bis zum Jahr 2035

B. Wohnungsbau

Die Wirtschafts- und Siedlungsstrukturen sind auf den motorisierten Individualverkehr hin ausgerichtet. Arbeits- und Freizeitplätze befinden sich häufig weitab vom Wohnort. Die ständige Fortschreibung

einer Förderpolitik zugunsten des PKW-Individualverkehrs hat zu einer Entwicklung geführt, die so nicht weitergehen kann. Der dadurch unnötig hohe Energieverbrauch für diese individuelle Mobilität verschwendet nicht nur die endlichen Energie- und Rohstoffressourcen, sondern belastet auch Umwelt und Klima.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Verkehrsvermeidung durch Zusammenführung von Wohnungen, Arbeitsstätten, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten in Bau- und Sanierungsgebieten
- Deutliche Ausweitung altersgerechter Wohnungen (vorrangig in bestehendem Gebäudebestand)

Dies kommt den Bedürfnissen einer älter werdenden Bevölkerung entgegen und macht es attraktiver, das nach dem Auszug der Kinder häufig zu groß gewordene Haus zu verlassen. Damit wird Wohnraum insbesondere für Familien frei.

- Mehr sozialer Wohnungsbau im Land.

Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum im Land. Insbesondere in den Metropolen können sich bereits Normalverdiener immer seltener eine Wohnung leisten. Deshalb ist eine verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus notwendig. Eine Möglichkeit für mehr sozialen Wohnungsbau ist die verstärkte Einbeziehung von Wohnbaugenossenschaften wie in Zürich oder Wien.

- Gezielte Förderung von Altbausanierung
- Strikte Einhaltung und zeitnahe Überprüfung der ökologischen und gesetzlichen Anforderungen bei Flächennutzungs- und Bebauungsplänen

Unter dem Druck der Entbürokratisierung, der schnellen Umsetzung von Bebauungsplänen und der hohen Baukosten wird von einigen politischen Richtungen eine Aufweichung der Anforderungen gefordert, die die ÖDP ablehnt.

Demokratie

Wider die Politikverdrossenheit

Wer die ÖDP wählt, setzt sich für mehr direkte Demokratie sowie für die Entflechtung von Politik und Wirtschaft ein.

Demokratie lebt von der Einbindung und Mitbestimmung ihrer Bürger. Deren unmittelbare Beteiligung an politischen Entscheidungen auf Landesebene ist zurzeit aber kaum möglich, weil die Hürden für Volksanträge und Volksentscheide viel zu hoch sind. Außerdem sitzen zahlreiche Politiker in den Aufsichtsräten großer Firmen, sodass sie in finanzielle Abhängigkeit geraten und nicht mehr nur zum Wohle des Landes entscheiden können.

A. Lebendige Demokratie

Für die Zulassung eines Volksantrags sind in Baden-Württemberg Unterstützungsunterschriften von mindestens 0,5 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung erforderlich; das sind zurzeit etwa 38.000 Unterstützungsunterschriften, die jeweils von den Bürgermeisterämtern bestätigt werden müssen. Wird ein Volksantrag vom Landtag abgelehnt, kann ein Volksbegehren beantragt werden, für dessen Zulassung aber die Unterstützungsunterschriften von mindestens zehn Prozent der stimmberechtigten Einwohner des Landes erforderlich sind. Das sind zurzeit 760.000 bestätigte Unterschriften.

Eine Senkung dieser Hürden wird das Interesse am politischen Mitgestalten wecken und mehr Vertrauen in die Landespolitik aufbauen. Die Bürger Baden-Württembergs können sich dann in der langen Zeit zwischen den Landtagswahlen konstruktiv mit politischen Themen befassen und sich eventuell auch an den Entscheidungen beteiligen.

Sinngemäß gilt dies auch für die kommunale Ebene, wo das Mitspracherecht engagierter und verantwortungsbewusster Bürger bei den Entscheidungen der Kreistage und Gemeinderäte vergrößert werden muss. Dadurch kann auch mehr Verantwortung für den jeweiligen Landkreis bzw. die jeweilige Gemeinde geweckt werden.

Wegen der Fünf-Prozent-Sperrklausel bleiben bei jeder Landtagswahl viele abgegebene gültige Stimmen bei der Sitzverteilung der Parteien unberücksichtigt. Dies lässt sich mit der Einführung einer sogenannten Ersatzstimme weitgehend vermeiden, die nur dann gezählt wird, wenn die ursprüngliche Stimme wegen der Sperrklausel unberücksichtigt bleibt.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Erleichterung bei Volksanträgen und Volksbegehren durch Senkung der Zulassungshürden
- Verringerung der Beschränkung von Volksbegehren auf einige wenige Politikfelder, sodass auch haushaltsrelevante Anträge möglich sind
- Vereinfachung der Bürgerbeteiligung auf Kreis- und Gemeindeebene
- Stärkere Einbeziehung unabhängiger sachkundiger Bürger in die Beratungen
- Verstärkte Nutzung von Bürgerforen bei Gesetzesvorhaben
- Abwahlmöglichkeit der Landräte durch den Kreistag
- Abwahlmöglichkeit von (Ober-)Bürgermeistern durch einen Bürgerentscheid
- Einführung einer Ersatzstimme bei allen Wahlen mit einer Sperrklausel, damit möglichst keine abgegebene Stimme unberücksichtigt bleibt
- Ausbau des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) mit dem Recht auf Akteneinsicht oder Auskunftsanspruch gegenüber Ämtern, Behörden und Verwaltungen
- Generelle Zulassung der Öffentlichkeit zu den Ausschusssitzungen des Landtags

B. Unabhängigkeit in der Politik

Ursprünglich wurde nur den politischen Parteien im Grundgesetz ein „Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung des Volkes“ zuerkannt. Heute versuchen Interessenvertreter der Wirtschaft und Verbände große Teile des öffentlichen Lebens unter ihre Kontrolle zu bringen. Gesetze und Verordnungen werden immer öfter von Lobbyisten vorformuliert, wodurch die Gesetzgebung von den gewählten Gremien in die Wirtschaft verlagert wird.

Die politischen Parteien müssen ihre finanzielle Unabhängigkeit und eigenständige Handlungsfähigkeit zurückholen und bewahren. Spenden von Firmen und Verbänden erschweren eine unabhängige Gesetzgebung. Dies gilt auch für das Sponsoring bei Parteitagungen.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Verbot von Spenden und Sponsoring von Firmen und Großorganisationen an politische Parteien und Wählervereinigungen, um deren „Käuflichkeit“ zu verhindern

- Einführung einer Dokumentation darüber, welche Interessenvertreter auf Gesetze Einfluss genommen haben („legislativer Fußabdruck“)

- Unabhängigkeit von Regierungsmitgliedern

Keine Aufsichtsratsmandate, Vorstandstätigkeiten oder Beraterverträge in Wirtschaftsunternehmen für Regierungsmitglieder

- Einführung einer Karenzzeit von zwei Jahren für ehemalige Regierungsmitglieder, wenn die geplante Erwerbstätigkeit im Bereich der ehemaligen Zuständigkeit liegt

Damit soll die Möglichkeit einer persönlichen Vorteilnahme verhindert werden.

Energie und Klima

Energie umweltverträglich erzeugen – effektiv und sparsam nutzen

Wer die ÖDP wählt, befürwortet eine umweltfreundliche Energieversorgung und einen konsequenten Klimaschutz. Neue Konzepte und Techniken schaffen neue Arbeitsplätze.

Die Energiepolitik nimmt eine zentrale Rolle im Kampf gegen den globalen Klimawandel ein. Aus ökologischer Sicht ist eine nachhaltige Energiepolitik entscheidend, um die negativen Folgen menschlicher Eingriffe in die Natur zu begrenzen und damit die Gefahren für die Lebensgrundlagen (Dürren, Stürme, Überschwemmungen usw.) zu reduzieren.

Ziel ist es, den Ausstoß von Treibhausgasen drastisch zu reduzieren und den Übergang zu erneuerbaren Energien zu fördern. Dabei steht die Erhaltung der Artenvielfalt, der Schutz der Umwelt und die nachhaltige Nutzung natürlicher Rohstoffe im Mittelpunkt.

A. Energiewende

Die Energiewende muss konsequent weitergeführt und vollendet werden. Die Stromerzeugung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien muss deshalb schnellstmöglich erreicht werden. Insbesondere im Wärme- und Verkehrssektor gibt es noch viel Nachholbedarf.

Die Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft werden überwiegend auf Bundes- und EU-Ebene entschieden. Dennoch hat auch Baden-Württemberg als Bundesland und Miteigentümer der EnBW zahlreiche Möglichkeiten und die Verantwortung,

energiepolitische Vorgaben entweder entsprechend umzusetzen oder gegebenenfalls selbst zu gestalten. Darüber hinaus kann das Land auf die Kommunen, auf den Bundesrat und auf die Öffentlichkeit insgesamt Einfluss nehmen.

Eine Rückkehr zur Nutzung der Atomenergie lehnt die ÖDP klar ab. Unter Berücksichtigung aller indirekten Kosten ist Atomenergie völlig unwirtschaftlich, die Gefahren überwiegen den Nutzen und das Problem der Endlagerung des radioaktiven Mülls ist bis heute nicht gelöst. Dies gilt auch für neue und kleine Atomreaktoren (SMR – Small Modular Reactor).

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Ausbau der Wind- und Solarenergie und der Speicherkapazitäten (Batterie, Wasserstoff) im Land sowie Erweiterung des europaweiten Stromnetzes zum Ausgleich schwankender Stromerzeugung
- Entstehung von Windenergieanlagen innerhalb der möglichen Gebiete dort, wo die Eingriffe in den Naturhaushalt, Populationen seltener Tierarten, das Landschaftsbild und andere Schutzbelange am geringsten sind und möglichst keine naturnahen Wälder in Anspruch genommen werden
- Nutzung von Agri-PV in der Landwirtschaft

Photovoltaikanlagen sind hierbei entweder aufgeständert, sodass darunter Landwirtschaft (z. B. Obstbau) betrieben werden kann, oder die PV-Module befinden sich seitlich senkrecht aufgestellt, sodass noch Traktoren die Felder befahren können.
- Intelligente („smarte“) Verbindung der Strom-, Wärme- und Wasserstoffnetze

Strom kann einerseits direkt genutzt werden, aber auch zur Wärmeerzeugung dienen oder in Wasserstoff für die Industrie oder zur Energiespeicherung umgewandelt werden. Es gibt hierbei vielfältige Kombinationsmöglichkeiten und deshalb ist eine Verbindung der Netze wichtig.
- Zusammenführung der verschiedenen Gesprächsebenen zum Netzausbau der erneuerbaren Energien im Land

Dies soll unter Berücksichtigung der paneuropäischen Ausbaupläne, der nationalen Netzentwicklungspläne (NEP), des Landesentwicklungsplans BW und der Netzausbaupläne (NAP) geschehen. Denn auf vielen Ebenen – Europa, Bund, Land, Kommunen oder Energieversorger – wird über den Netzausbau gesprochen. Damit

dabei kein Stückwerk entsteht, muss eine gemeinsame Austauschebene ins Leben gerufen werden.

- Intensive Beratung und Unterstützung von Kommunen durch die KEA BW (Klima- und Energie Agentur), auch zum Thema Ausschreibung von Wind- und Solarparks
- Schnellstmögliche Ablösung von Erdgas durch Biogas und durch „grünen Wasserstoff“ (durch erneuerbare Energien erzeugter Wasserstoff)
- Keine Investitionen in fossile Infrastruktur, die über die geplante Treibhausgasneutralität des Landes im Jahr 2040 hinaus bestehen wird
- Mehrjähriges Wasserstoff-Förderprogramm für ein regionales Netzwerk, das aus der Produktions-, Endverbrauchs- und Verbindungsinfrastruktur besteht, die für die Produktion, den Transport, die Speicherung und die Nutzung von grünem Wasserstoff in einem funktionierenden regionalen Markt erforderlich ist
- Förderung von Bioenergie ausschließlich aus Abfällen und unter strengen Nachhaltigkeitskriterien, damit der Anbau von Nahrungsmitteln seinen Vorrang vor Energiepflanzen beibehält

Der in Biogas-Kleinanlagen eingebrachte Abfall muss derzeit zu einem sehr großen Teil aus Gülle bestehen. Der zu niedrige Anteil Klee gras ist zu erhöhen. Das in vielfacher Hinsicht umweltfreundliche Klee gras spielt insbesondere bei Biobauern, die oft keinen oder einen geringeren Viehbestand als konventionelle Bauern haben, eine große Rolle.

- Verpflichtende Nutzung und gegebenenfalls finanzielle Unterstützung (durch günstige Landesdarlehen) der Photovoltaik oder Solarthermie bei Neubauten und Dachsanierungen, sofern der Standort dafür geeignet ist
- Nutzung der Photovoltaik und Solarthermie bei landeseigenen Liegenschaften

Das Land muss stärker mit gutem Beispiel vorgehen.
- Berücksichtigung der Geothermie als Alternative
- Erhöhung der im Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz für Freiflächenphotovoltaik vorgesehenen Fläche auf ein Prozent der Landesfläche

Durch Freiflächenphotovoltaik wird keine Fläche versiegelt. Ein möglichst hoher Abstand der

Module vom Boden erweitert die Nutzungsmöglichkeiten unter den Modulen. Die Artenvielfalt kann auf diesen Flächen deutlich erhöht werden. Es gibt somit einen doppelten Nutzen.

- Anpassung des Strommarkts an die schwankende Produktion erneuerbarer Energien: Förderung von Energiespeichern und Steuerung des Stromverbrauchs nach dem Angebot

Die Einspeisung von gespeichertem Strom ist der Einspeisung von regenerativem Strom gleichzusetzen.

- Förderung von Forschung und Geschäftsmodellen, die Batterien von Elektroautos netzdienlich zur Stabilisierung des Stromnetzes einsetzen („Vehicle-to-Grid“)

Autobatterien können als Speicher für das Stromnetz dienen, solange die Autos mit dem Ladestecker verbunden sind. In dieser Zeit kann auch Strom aus den Batterien ins Stromnetz eingespeist und das Netz auf diese Weise stabilisiert werden.

- Förderung der Wasserstoffwirtschaft mit Nutzung der Brennstoffzellentechnik
- Eine konsequente Wärmewende: Förderung von Nahwärmenetzen (auch kommunenübergreifend) und Wärmepumpen als effizientester Technologie auch im Altbau, schrittweiser Ausstieg aus dem Heizen mit Gas und Öl
- Anpassung der Landesbauordnung (LBO) zur Ermöglichung von Auf-Dach-Wärmepumpen für alle Bestandsbebauungspläne

Damit könnten Wärmepumpen auch auf (Flach-)Dächern installiert werden, ohne dass dadurch die maximal zugelassene Höhe des Gebäudes überschritten wird.

- Konsequente Nutzung der Abwärme der stark steigenden Zahl von Rechenzentren

B. Klimaschutz

Die Veränderung des globalen Ökosystems durch den Klimawandel geschieht in einem noch nie dagewesenen Tempo. Das bedeutet unerträglich hohe Risiken für die Menschheit und die globale Umwelt. Es ist dringend nötig, das im Klimaabkommen von Paris festgelegte Ziel, den weltweiten Temperaturanstieg auf deutlich unter 2° C zu begrenzen, einzuhalten. Es fehlen aber zwingende Mechanismen und konkrete Maßnahmen, um dieses Ziel noch zu

erreichen. Viel Zeit bleibt hierfür nicht mehr. Baden-Württembergs eigene Klimaschutzbemühungen sind daher deutlich zu verstärken.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Konsequente Energieeinsparung in allen Bereichen und Steigerung der Energieeffizienz als vorrangige Maßnahme
- Einsatz des Landes als Miteigentümer der EnBW für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung von Kohle und konventionellem Gas, damit bei der EnBW die Klimaneutralität bei der Stromerzeugung vor 2035 erreicht wird
- Beachtung der Lieferkette von Kohle und Erdgas bei der EnBW

Derzeit wird beispielsweise Kohle aus Kolumbien unter schwersten Menschenrechtsverstößen, Verfolgung und Ermordung von Umweltaktivisten und fatalen Auswirkungen auf die oft indigene Bevölkerung gefördert. Importiertes Erdgas wird als so genanntes Fracking-Gas gewonnen, was die Umwelt stark schädigt. Solange beide Produkte noch nicht zu ersetzen sind, sollten Land und EnBW alles in ihrer Macht Stehende tun, um sich ihrer Verantwortung zu stellen und ihre Zulieferer streng zu kontrollieren. Internationale Aufmerksamkeit oder Audits können die Situation verbessern.

Familie

Familien fördern, damit die Gesellschaft stark bleibt

Wer die ÖDP wählt, spricht sich für die umfassende Unterstützung von Familien aus.

Die Familie ist für die ÖDP die bewährte Form des generationenübergreifenden Zusammenlebens von mehreren Menschen in der Gesellschaft. Sie ist eine Fürsorgegemeinschaft, in der Menschen dauerhaft soziale Verantwortung füreinander übernehmen und enge Bindungen aufbauen.

Für die Entwicklung von Kindern sind - ganz besonders in den ersten drei Lebensjahren - dauerhaft verlässliche Bindungen an vertraute Personen, die sich in liebevoller Zuwendung, Fürsorge und Erziehung um sie kümmern, von grundlegender Bedeutung. Dies fördert die Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten. Das Wahrnehmen von Verantwortung für andere und für Aufgaben in der Gesellschaft, insbesondere auch die Pflege und die Fürsorge für das Wohl der älteren Generation, sind die wertvollen Beiträge der erwachsenen Kinder.

Die ÖDP will Familien als Orte der Geborgenheit, der Erfahrung verlässlicher dauerhafter Bindungen, der gegenseitigen Fürsorge und der Verantwortungsübernahme schützen, fördern und stärken. Alle Formen von Familie sind rechtlich anzuerkennen und abzusichern.

A. Schwangerschaft

Die ÖDP setzt sich für eine lebensfreundliche Familienpolitik ein. Dazu gehören zum einen umfassende Informationen über die Verwendung von Verhütungsmitteln. Zum anderen gehören dazu bessere Honorierung elterlicher Familienarbeit und umfassende Beratung sowie Hilfe und Unterstützung im Konfliktfall. Auf diesem Weg lässt sich die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche senken.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Ausbau der Eltern- und Schwangerschaftsberatung durch die Förderung verschiedener anerkannter Anbieter
- Einfacher Erwerb von Verhütungsmitteln für alle Bevölkerungsgruppen
- Weiterhin verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung, damit sie allen werdenden Eltern im Konfliktfall zuteilkommt
- Ausreichende Finanzierung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, die beim Perso-

nalschlüssel den in den letzten Jahren gestiegenen Beratungsbedarf berücksichtigt

- Gewissensfreiheit der Ärzte im Hinblick auf Schwangerschaftsabbrüche

B. Geburtshilfe

Für werdende Eltern sind Informations- und Unterstützungsangebote wichtig und unbedingt notwendig. Durch diese erhalten sie Ratschläge für die gesunde Lebensweise der Mutter und für die Gesundheit des Kindes. Darüber hinaus gibt es praktische Hinweise und Anleitungen für das Wohlergehen des Kindes nach der Geburt. Dabei sind die Hebammen vor, während und nach der Geburt wichtige Ansprechpartner. Seit über zehn Jahren sind die freien Hebammen durch stark erhöhte Haftpflichtbeiträge belastet.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Freie und selbständige Arbeit der Hebammen auch bei außerklinischen Geburten
- Staatlicher Haftungsschutz für Hebammen ähnlich verbeamteten Personen

C. Erziehungsgehalt

Nach Ansicht der ÖDP stellen Bindung und Bildung die beiden entscheidenden Grundlagen für eine gute Entwicklung des Kindes dar. Dies ist die Grundvoraussetzung für die Stabilität der Gesellschaft und der Wirtschaft.

Dabei geht die Bindung der Bildung voraus. So wie es keine gute Erziehung ohne Beziehung gibt, gibt es auch keine gute Bildung ohne Bindung. Bildung wird getragen von Nähe, Aufmerksamkeit, Zuneigung, Zutrauen und Neugier.

In den ersten drei Lebensjahren geht es darum, dass Kinder eine liebevolle, vertrauensvolle und verlässliche Beziehung zu ihren Eltern sowie anderen Erwachsenen erfahren. Dagegen birgt die Ganztagsbetreuung in einer öffentlichen Einrichtung die Gefahr, dass aufgrund der wechselnden Bezugspersonen die Beziehungsfähigkeit nur unzureichend entwickelt werden kann.

Nach Ansicht der ÖDP müssen die Eltern daher selbst entscheiden können, ob sie ihre Kinder selbst erziehen oder betreuen lassen. In Baden-Württemberg ist - wie auch bundesweit - diese Entscheidungsfreiheit jedoch nur theoretisch gegeben. Tatsächlich werden Eltern, die sich für die heimische Erziehungsarbeit entscheiden, benachteiligt. Das Angebot an öffentlichen Betreuungseinrichtungen für

Kinder vom ersten Lebensjahr an wird für viel Geld ausgebaut. Ein Krippenplatz kostet die öffentliche Hand mindestens 1.000 Euro monatlich. Eltern, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, entgeht diese öffentliche Zuwendung. Wer sich ganz oder teilweise der familiären Kindererziehung widmet, hat in aller Regel darüber hinaus Einkommenseinbußen, höhere Kosten und letztlich sogar noch eine reduzierte Rente in Kauf zu nehmen.

Wenn Eltern vom Erziehungsgehalt Gebrauch machen, entlasten sie die öffentlichen Betreuungseinrichtungen. Dadurch wird kein Betreuungsplatz in Anspruch genommen und es wird weniger Erziehungspersonal benötigt.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Start einer Bundesratsinitiative zur Einführung eines bundesweiten dreijährigen steuer- und sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehalts auf Bundesebene
- Bis zu dessen Einführung Zahlung eines monatlichen Landeserziehungsgeldes an die selbst erziehenden Eltern, das den Kosten eines öffentlichen Krippenplatzes pro Kind und Monat entspricht, wobei das vom Bund im ersten Jahr gezahlte Elterngeld angerechnet wird
- Eine halbtägige Kindergartenpflicht im Jahr vor dem Schuleintritt zur Förderung von Kompetenzen – vor allem in der Sprachentwicklung und beim Sozialverhalten
- Einschreiten des Jugendamtes und Sanktionen in Fällen gravierenden Fehlverhaltens der Eltern

D. Jugend

Die Jugend ist für die ÖDP die „Stimme der Zukunft“. Die ÖDP fördert daher den Mut der jungen Menschen, ihre Zukunft selbst zu gestalten und zu verändern (No risk, no fun!).

Das Thema Jugend umfasst die Lebensphase, in der junge Menschen ihre Identität entwickeln und wichtige Entscheidungen für ihre Zukunft treffen. In dieser Zeit sind Bildung, Gesundheit und soziale Integration entscheidend, um ihre Potenziale zu entfalten. Zudem spielt die aktive Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen eine wichtige Rolle, um ihre Stimmen zu Gehör zu bringen und Veränderungen zu bewirken.

Allerdings fühlen sich viele Jugendliche psychisch stark unter Druck. Kriege, Gewalt und zwischenmenschliche Konflikte kombiniert mit Zukunftsängsten und gesellschaftlichen Krisen führen zu mentalen Belastungen. In dieser Situation kommt

es darauf an, die Lage und Befindlichkeit der Jugendlichen ernst zu nehmen und mentale Unterstützung zu bieten. Es geht darum, Orientierung zu bieten, Freude am Leben zu wecken und zur Teilhabe an einer lebendigen Demokratie zu ermutigen.

Die Nutzung der Sozialen Medien ist für die Jugendlichen Alltag, kann jedoch eine Gefahr für die junge Generation sein, weil sie es extremistischen Kräften leicht macht, mit Falschnachrichten und Stimmungsmache aus der Suche nach Orientierung Kapital zu schlagen.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Übertragung von gesellschaftlichen Aufgaben an Jugendliche, z. B. die verantwortliche Einbindung in einen sozialen oder ökologischen Dienst
- Intensivierung der Schulsozialarbeit und verstärkte Kontrolle der Schulpflicht
- Anhebung des Ansehens von Schulabschlüssen neben dem Abitur
- Gesellschaftliche Aufwertung auch von nicht-akademischen Berufen im Hinblick auf das soziale Gleichgewicht der Gesellschaft
- Einrichtung einer eigens an Jugendliche gerichteten, personell gut ausgestatteten Anlaufstelle zur Unterstützung bei psychischen Erkrankungen
- Präventionsmaßnahmen gegen Süchte aller Art wie Computerspielsucht und Missbrauch von legalen und illegalen Drogen
- Einführung eines schulischen Gesundheitsmanagements

Hier können u. a. Veranstaltungen wie Gesundheits- oder Sportkurse angeboten werden.

- Förderung von Programmen zur Demokratiebildung, z. B. „Jugend debattiert“, Jugendwahl an allen Schulen und Programme gegen Extremismus

E. Menschen mit Behinderung

Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Zu diesen zählen neben den Kindern und alten Menschen auch die Menschen mit Behinderung.

Trotz und auch wegen der vielfältigen Möglichkeiten der heutigen Medizin gibt es oder entstehen Behinderungen in allen Altersstufen. Die Öffentlichkeit

muss für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben Sorge tragen, sodass alle behinderten Menschen ihren Alltag möglichst problemlos und weitgehend selbstbestimmt bewältigen können.

Dabei ist auch zu beachten, dass nicht jeder technische Fortschritt, zum Beispiel Automation, den Menschen mit Behinderung nützt.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Ausnahmslos behindertengerechte öffentlich zugängliche Bereiche
- Bei der Bahn bedeutet das beispielsweise barrierefreien Einstieg sowie Anzeige und Durchsage von Bahnhöfen.
- Konsequenter Einsatz von Weiterentwicklungen technischer Hilfsmittel, die zur Verfügung gestellt werden müssen
- Schaffung von mehr behindertengerechten Arbeitsplätzen und die weitgehende Einschränkung der Möglichkeit, sich von der Beschäftigung Behinderter gegen Ausgleichszahlungen befreien zu lassen
- Gemeinsames Lernen von Menschen mit und ohne Behinderung in Kindergärten, Schulen und Bildungseinrichtungen, soweit dies zielführend ist
- Übernahme der Kosten für notwendige Umbauten und personellen Mehraufwand bei diesen Einrichtungen durch das Land
- Keine nachteilige Behandlung von Menschen, die ihre Bedürfnisse und Wünsche nicht selbst ausdrücken können

F. Senioren

Ein immer größerer Anteil der Bevölkerung in Baden-Württemberg ist aufgrund des Alters aus dem aktiven Erwerbsleben ausgeschieden. Auch erreichen immer mehr Menschen ein sehr hohes Alter. In Deutschland sind etwa 22 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter. Der Anteil älterer Menschen in Deutschland hat seit 1950 deutlich zugenommen. Da in Zukunft die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen werden, wird sich diese Entwicklung weiter verstärken. Gleichzeitig nehmen die jüngeren Jahrgänge zahlenmäßig ab und dies führt zu einem brennenden gesellschaftspolitischen Problem. Immer weniger Erwerbstätige haben in den nächsten Jahrzehnten immer mehr Rentner und Pensionäre zu versorgen.

Die ältere Generation verfügt über einen reichen Erfahrungsschatz, der der ganzen Gesellschaft zugute

kommen sollte. Diesen Schatz zu bergen und nicht achtlos verloren gehen zu lassen, ist eine wichtige Aufgabe des Staates.

Durch vielfach fehlende seniorengerechte Angebote werden immer mehr Senioren zusehends in die Isolierung gedrängt. Durch die zunehmende Altersarmut wird dieses Problem noch verschärft.

Die Erziehungs- und Lebensleistung von Müttern, Vätern und Großeltern wird nicht ausreichend wahrgenommen und gewürdigt.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Beachtung der Würde des Menschen, die unabhängig vom Alter gesehen werden muss
- Vermeidung der sprachlichen oder technologischen Ausgrenzung von Senioren
- Das Recht auf analoge Abwicklung von geschäftlichen und behördlichen Vorgängen
- Besondere Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Senioren im Verkehr und bei der Infrastruktur
- Förderung sozialer Fahrdienste
- Ein möglichst langes Leben der Senioren im Familienverband, sofern sie dies wünschen
- Es bedarf dafür größerer Bemühungen um die Stärkung des Familienzusammenhalts, auch im Hinblick auf eine spätere Pflege der Senioren durch eigene Kinder.
- Förderung des Baus von altersgerechten Wohnungen, Senioren-Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern

Da viele Senioren allein in großen Häusern oder Wohnungen wohnen, wäre ein neutraler Mietmanager sinnvoll, der mögliche Vermietungen begleitet. Es soll ein Anreiz dafür geschaffen werden, dass Senioren große Häuser oder Wohnungen wieder dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stellen und selbst ihrer Lebenssituation angepassten Wohnraum zur Verfügung gestellt bekommen.

- Sicherstellung eines hohen Qualitätsniveaus bei der Alten- und Krankenpflege
- Anreizsysteme zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung auf dem Land
- Förderung, Ausweitung und Absicherung unterstützender Angebote im alltäglichen Bereich, beispielsweise der Nachbarschaftshilfe

- Entwicklung neuer Formen der altersgerechten Mobilität insbesondere auf dem Land
- Erweiterung des Angebots an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen

Gesundheit

Mehr als ein gut gemeinter Wunsch

Wer die ÖDP wählt, setzt sich für eine ganzheitliche Gesundheitspolitik ein, die bei einer verstärkten Gesundheitsvorsorge ansetzt.

Seit Jahrzehnten steckt das deutsche Gesundheitssystem in der Krise. Krankenkassen machen jedes Jahr Verluste und über Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge wird Jahr für Jahr aufs Neue diskutiert. Die Gründe für diese Krise sind vielfältig: erhöhter Arbeitskräftebedarf wegen arbeitsrechtlicher Vorschriften, fehlendes Fachpersonal, hoher Bürokratieaufwand, Überbetonung der Apparatemedizin, steigende Lebenserwartung und versicherungsfremde Leistungen.

Gesundheit ist ein sehr persönliches und individuelles Gut, das von sehr vielen Faktoren abhängt. In einer guten Gesundheitspolitik greifen viele Räder ineinander. Es geht nicht nur um Maßnahmen, die die Behandlung von Krankheit betreffen, sondern auch um Gesundheitsvorsorge. Bei dieser spielen neben eigenen Verhaltensweisen auch andere Aspekte eine Rolle, z. B. der Umwelt- und Klimaschutz und die Landwirtschaftspolitik. Ein angenehmes Lebensumfeld und Klima sowie hochwertige, gesunde Lebensmittel sind der Gesundheit förderlich, steigern die Lebensqualität und senken die krankheitsbedingten Kosten.

Die ÖDP ist der Ansicht, dass Körper, Geist und Seele zusammengehören und mit der Umwelt verknüpft sind. Daher unterstützt die ÖDP ganzheitliche Aspekte zur Gesunderhaltung und Therapie. Alle Formen von Therapien haben ihre Daseinsberechtigung. Klassische „Schulmedizin“ und Naturheilverfahren könnten sich idealerweise ergänzen und sollten nicht als Konkurrenz gesehen werden. Bewährte, nebenwirkungsarme und nachhaltig gesundheitsfördernde Maßnahmen sollten dabei aber als vorrangig angesehen werden. Durch diese Ansätze könnte das Gesundheitssystem auch entscheidend kostengünstiger werden.

In den letzten Jahren ist der Einfluss der Pharmalobby weiter gestiegen. Naturheilverfahren, wie z. B. Homöopathie, wurden bewusst in ein schlechtes Licht gestellt. Das führte wiederum dazu, dass heu-

te vielfach auf schnelle Symptomlinderung gesetzt wird, anstatt eine nachhaltige, umfassende Therapie anzubieten.

A. Gesundheitsvorsorge und -erziehung

Eine gute Gesundheitspolitik sorgt an erster Stelle dafür, dass die Entstehung von Krankheiten vermieden wird. Der Gesundheitsvorsorge und -erziehung kommt somit große Bedeutung zu. Gesundheits-erziehung sollte daher in der Kinderbetreuung, in der Schule und im Elternhaus stattfinden.

Für eine gelingende Gesundheitsreform braucht es vor allem den selbstverantwortlichen und aufgeklärten Bürger, den mündigen Patienten also. Dieser benötigt ausreichende, zuverlässige Produktinformationen. Unterstützend sind die Bürger- und Verbraucherrechte zu stärken. Ein Phänomen der heutigen Zeit ist stressbedingter Burnout. Er zeigt, dass psychische Probleme und körperliche Krankheiten eng zusammenhängen. Darüber hinaus kann es auch zu Suchtverhalten kommen. Dieser Tatsache muss durch ausreichende Therapieangebote begegnet werden.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Verstärkte Berücksichtigung der Gesundheitsvorsorge in allen Bereichen
- Eine klare und leicht verständliche Lebensmittelkennzeichnung, durch die gesunde Lebensmittel einen klaren Vorrang erhalten

B. Drogen

Drogenkonsum ist eine gesellschaftliche Realität. Seine Folgen für den einzelnen Menschen und für die ganze Gesellschaft sind teilweise dramatisch und dürfen keinesfalls verharmlost werden. Die ÖDP befürwortet die verschiedenen Maßnahmen, wie z. B. Aufklärung, Werbeverbot, Nichtraucher-schutz, die in den letzten Jahren zu einem Rückgang des Alkohol- und Nikotinkonsums beigetragen haben.

Wo der Konsum zur krankhaften Abhängigkeit wird, soll diese als Krankheit behandelt werden, wie es derzeit z. B. bei Alkoholismus schon geschieht. Alle drogenpolitischen Maßnahmen sind daher darauf auszurichten, Süchte jedweder Art zu verhindern bzw. zurückzudrängen und Menschen zu helfen, ihr Leben ohne stoffliche und nichtstoffliche Abhängigkeiten zu führen. Diese Vorgehensweise ist erfolgreicher als eine Kriminalisierung von Drogenabhängigen.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Einbeziehung von E-Zigaretten, Shishas und Vaporizern in die Rauchverbote
- Konsequenten Nichtraucher-schutz in Gaststätten

Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigen, dass nach anfänglichen Widerständen ein Umdenken und Wandel im Gastgewerbe und unter Kunden stattfinden. Neue gesetzliche Bestimmungen sollten jedoch eine Übergangszeit gewähren.

- Ermöglichung von Drug-Checking, damit Überdosierungen verhindert und gefährliche Verunreinigungen erkannt werden können

Beim Drug-Checking geben Drogenkonsumenten einen Teil der Droge an einer Beratungsstelle ab, erhalten ein Beratungsgespräch im Hinblick auf vorsichtigeren Umgang mit Drogen, eine chemische Analyse der Drogenprobe und nach einigen Tagen das Ergebnis.

- Drogenkonsumräume, in denen Abhängige unter Aufsicht und mit sterilen Utensilien konsumieren können

Es bedarf einer ausreichenden Ausstattung mit Drogenberatern, damit der Weg zu einer Drogentherapie geebnet werden kann.

- Erhalt der sogenannten Substitutionspraxen, in denen Opioidabhängige kontrolliert Diamorphin (künstlich hergestelltes Heroin), Kokain und Methadon erhalten

Ziel ist eine gesundheitliche und soziale Stabilisierung der Abhängigen.

- Verstärkte Polizeikontrollen im Straßenverkehr auf Cannabis-Konsum

C. Medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung leidet unter Fachkräftemangel, Bürokratie und Kostendruck. Die Probleme treten in einer - insbesondere ländliche Gebiete betreffenden - Unterversorgung mit Hausärzten und wohnortnahen Fachärzten, in der Gefährdung der Notfallversorgung und in der Schließung von Krankenhäusern deutlich zutage.

Die medizinischen Berufe haben im Vergleich zu früheren Jahren an Attraktivität verloren. Eine Erhöhung der Anzahl der Studienplätze in der Medizin und die gezielte Anwerbung von Fachkräften aus

dem Ausland sind zwar sinnvoll, reichen jedoch für eine Behebung des Mangels an Ärzten und sonstigem medizinischem Fachpersonal nicht aus. Vielmehr ist auf verstärkte Kooperation und Vernetzung zu setzen, wie sie bei Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und Krankenhausverbänden erfolgen. So lassen sich Aufgaben teilen, Personallücken abdecken, Kosten senken und bürokratische Hürden leichter meistern.

Kaum ein Krankenhaus schafft es heute, Gewinne zu erzielen oder wenigstens keine Verluste zu machen. Selbst die größten „Player“, die Universitätskliniken, machen Verluste im mehrstelligen Millionenbereich und werden oftmals auch mit Steuergeldern subventioniert. Dafür gibt es vielfältige Gründe. Es muss von dem Prinzip abgerückt werden, dass Krankenhäuser, die rote Zahlen schreiben, geschlossen werden. Kleinere Häuser sollten sich vermehrt zu Verbänden zusammenschließen: Verwaltung zentral, aber Medizin und Pflege vor Ort. Flächendeckende wohnortnahe Grundversorgung mit Krankenhäusern, mit Rettungsdiensten und im ambulanten Bereich mit Hausärzten, Zahnärzten, Apotheken und Hebammen ist notwendig, damit eine gute Gesundheitsversorgung gewährleistet wird.

Der Kostendruck für Krankenkassen ist enorm gestiegen, sodass viele Therapien von den Versicherten selbst bezahlt werden müssen, obwohl sie krankenversichert sind.

Für eine ganzheitliche Sicht ist meist im Kassensystem kein Platz, so dass viel zu viele Medikamente verschrieben werden, anstatt auf Umstellungen von Lebensgewohnheiten zu setzen. Dadurch explodieren die Kosten im Gesundheitswesen.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Stärkere Unterstützung medizinisch unterversorgter Gebiete, beispielsweise durch Bereitstellung von mietfreien Räumen durch Landeszuschüsse
- Stärkung der Notfallversorgung und Rettungsdienste
- Rückverlagerung der pharmazeutischen Produktion nach Deutschland
- Umfassende Aufklärung der Sorgeberechtigten bei Impfungen im Kleinkindalter
- Ausbau der psycho- und suchttherapeutischen Diagnostik und Versorgung durch Therapieangebote
- Ausbau der Tageskliniken

- Vermeidung von Mehrfachuntersuchungen und verzichtbaren Operationen
- Stopp und Rücknahme der Auslagerung von Dienstleistungen (Outsourcing) im Krankenhauswesen

Das Personal von Subunternehmen arbeitet bei schlechteren Verträgen, und es besteht die Gefahr von Qualitätsmängeln bei ausgelagerten Arbeiten, die zu hygienischen Beeinträchtigungen führen können.

D. Krankenversicherung

Viele Krankenkassen in Deutschland machen hohe Verluste, was immer wieder Steigerungen der Beiträge zur Folge hat. Darüber hinaus gibt es eine sehr große Anzahl an gesetzlichen Krankenkassen, von denen jede eine eigene Verwaltung unterhält, was die Kosten explodieren lässt. Zudem werden medizinische Untersuchungen immer kostspieliger. Obwohl gesetzlich Versicherte viele Untersuchungen (sog. IGeL-Leistungen) selbst finanzieren und auch Zuzahlungen zu vielen Medikamenten bezahlen müssen, sind die Krankenkassen finanziell sehr belastet. Es bedarf einer Reform des Krankenversicherungswesens hin zu einer Vereinheitlichung und Vereinfachung und stärkeren Förderung von Gesundheitsvorsorge.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Abschaffung der Fallpauschalen und Rückkehr zu Budgetvereinbarungen zwischen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und den Kliniken
- Förderung naturheilkundlicher Therapien wie Naturheilverfahren, Phytotherapie, Homöopathie und anthroposophische Medizin einschließlich Heilpraktiker-Behandlungen, deren Kosten von den Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) zu übernehmen sind
- Sozialversicherungsbeiträge auch auf Kapitalgewinne

E. Pflege

Im Pflegebereich herrscht ein großer Mangel an – insbesondere qualifizierten – Arbeitskräften. Das liegt nicht in erster Linie an der vergleichsweise geringen Bezahlung, sondern an den schlechten Arbeitsbedingungen. Diese führen dazu, dass viele, insbesondere qualifizierte Pflegekräfte ihren Beruf aufgeben und zunehmend ausländisches Pflegepersonal angeworben und eingestellt wird, dem es oft

an den nötigen Sprachkenntnissen fehlt. Darunter leidet die Qualität der Pflege.

Die Arbeitsbedingungen sind insofern schlecht, als aufgrund übermäßiger Dokumentationspflichten und Maßnahmen zur Haftungssicherheit zu wenig Zeit für die eigentliche Pflege bleibt. Verstärkt wird das Zeitproblem durch eine konzeptionslose Digitalisierung, bei der technische Probleme, ungenügend abgestimmte Computerprogramme und fehlende Schulungen zu einer ineffizienten Arbeitsweise führen. Eine Verbesserung der Arbeitseffizienz und -qualität vergrößert nicht nur die Wahrscheinlichkeit, dass qualifiziertes Pflegepersonal bleibt oder gewonnen werden kann, sondern eröffnet auch Raum für bessere Bezahlung.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Einführung eines adäquaten Personalschlüssels

Pflege ist eine wichtige medizinische Leistung, bei der die Menschlichkeit nicht zu kurz kommen darf.

- Weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten

Statt starrer Vorgaben bei den Arbeitszeiten sollten verstärkt individuelle zeitliche Bedürfnisse der jeweiligen Pflegekraft berücksichtigt werden. So können auch im Hinblick auf das Familienleben bessere Lösungen hinsichtlich des Wochenenddienstes oder über den Tag verteilten Dienstes gefunden werden.

- Reduzierung der Verwaltungsarbeit im Medizin- und Pflegebereich auf ein Minimum, zum Beispiel bei den Dokumentationspflichten und Maßnahmen zur Haftungssicherheit

Es ist nicht nötig, alle möglichen Handgriffe bei der Pflege zu dokumentieren. Einer engmaschigen Dokumentation bedarf es nur in Krisensituationen und beispielsweise nach Operationen.

- Verringerung des Verwaltungsaufwands durch besser miteinander verknüpfte Computerprogramme

Schlecht miteinander verknüpfte Computerprogramme verursachen Mehraufwand, z. B. weil wiederholte Eingaben von Daten nötig sind. Ausreichende Schnittstellen bieten in erster Linie die Computerprogramme großer Konzerne. Damit auch Computerprogramme anderer Unternehmen oder Freie Software zum Zuge kommen können, bedarf es eines vorausschauenden Konzeptes des Anwenders (Institution oder Behörde). Bei der Konzeption sind alle betroffenen Abteilungen einzubeziehen.

- Ausreichende Begleitung der Digitalisierung durch Schulungsmaßnahmen

F. Mobilfunk

Mobilfunktechnologien setzen sich in allen Bereichen der Gesellschaft durch und erleichtern den Alltag. Insofern ist es wichtig, dass der Mobilfunk problemlos funktioniert. Dabei ist aber die Strahlung möglichst niedrig zu halten, damit sie die Gesundheit und die Umwelt nicht schädigt. Zwar ist bisher nicht eindeutig nachgewiesen, dass ein Zusammenhang dieser Strahlung mit verschiedenen Erkrankungen wie Krebs, Depressionen, Schlafstörungen, Suchtverhalten, Unfruchtbarkeit und Elektrohypersensibilität besteht, jedoch weist eine Vielzahl von Studien auf entsprechende Risiken hin. Deswegen muss das Vorsorge-Prinzip gelten. Insbesondere empfindliche Gruppen (Kinder, Schwangere und elektrohypersensible Menschen) müssen geschützt werden. Neben Handys und Smartphones stellen auch die schnurlosen Heimtelefone (DECT-Technik) und WLAN-Verbindungen wegen der kontinuierlichen Strahlung Gefährdungspotenziale dar. Insofern bedarf es strahlungsarmer Technologien.

Neben der Flächenversiegelung und dem Einsatz von Pestiziden wird auch der Mobilfunk verdächtigt, zum Insektensterben beizutragen, denn der Orientierungssinn der Insekten kann durch die Strahlung gestört werden. Und nicht zuletzt steigen der Energie- und Ressourcenbedarf durch die fortschreitende Digitalisierung stark an. Wie dieser umweltfreundlich gedeckt werden kann, wird bisher zu wenig zum Thema gemacht.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Übergabe des Schnellen Internets / Breitbands als Daseinsvorsorge in die kommunale Hand, die hierfür die notwendigen Kompetenzen vom Gesetzgeber erhalten muss
- Beschleunigung des landesweiten Ausbaus der Glasfaserversorgung und technische Optimierung bestehender Netze
- Stärkeres nationales Roaming, d. h. ein Netz für alle, um Funklöcher zu schließen, Energie zu sparen und die Strahlenbelastung zu verringern
- Verpflichtung für jede Gemeinde, unter Einbeziehung von Mobilfunk-Bürgerinitiativen Mobilfunkkonzepte für die Aufstellung von Sendeanlagen zu erstellen

Durch die optimale Aufstellung von Mobilfunkantennen kann die von den Antennen und Mobilfunk-Telefonen ausgehende Strahlung im

Bereich reiner Wohngebiete sowie in der Umgebung von Schulen, Kindergärten, Sportanlagen, Krankenhäusern und in Naturschutzgebieten minimiert werden. Inbegriffen in das Mobilfunkkonzept ist auch das Anlegen eines Strahlungskatasters.

- Sofortige Senkung der Strahlen-Grenzwerte

Da die tatsächliche Strahlung meist weit unterhalb der Grenzwerte liegt, stellt dies kein technisches Problem dar. Bisherige Grenzwerte berücksichtigen nur die thermischen, nicht aber die athermischen Wirkungen.

- Änderung der Landesbauordnung: Notwendigkeit einer Baugenehmigung für die Errichtung oder Änderung einer Antenne, auch wenn diese unter zehn Meter hoch ist

- Erforschung und Einrichtung risikoarmer Telekommunikationstechniken mit Förderung des Landes

Beispielsweise sind Pilotprojekte zu LiFi (Infrarot- und Lichttechnik) als Zukunftstechnologie und Alternative zu WLAN, insbesondere an Schulen und Krankenhäusern, zu fördern.

- Bewusstmachung der Gesundheitsrisiken des Mobilfunks durch eine Landeskampagne

- Stärkere Erforschung der Elektrohypersensibilität als Krankheit

- Eine Melde- und Beratungsstelle für Menschen mit Elektrohypersensibilität

Dazu gehört die Unterstützung der Betroffenen bei der Anpassung des Wohn- und Arbeitsumfelds sowie die Vorhaltung speziell elektrosmog-reduzierter Krankenzimmer in Hospitälern. In Zügen des Landesverkehrs sollen in gekennzeichneten Bereichen spezielle Laptop-Arbeitsplätze mit LAN-Steckdosen geschaffen werden.

- Schaffung und Kennzeichnung geschützter, vollständig funkfrierer und eng begrenzter Gebiete für besonders stark betroffene Elektrosensible sowie für andere Menschen zur Erholung

Innere Sicherheit

Gewaltursachen bekämpfen - eine Aufgabe auch für die Gesellschaft

Wer die ÖDP wählt, setzt sich für wirksame Gewaltprävention und Bekämpfung organisierter Kriminalität ein.

Über sein Gewaltmonopol ist der Staat verpflichtet, jede Person vor Kriminalität zu schützen. Wegen der oft schweren und jahrelangen körperlichen und seelischen Schäden der Opfer ist der Gewaltkriminalität besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dabei ist an der Bekämpfung der Ursachen der Gewalt anzusetzen. Straftaten sind konsequent zu verfolgen und zu ahnden, bei Vergehen milderer Schwere sollte jedoch der Schwerpunkt auf Wiedergutmachung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft gelegt und eine Gefängnisstrafe vermieden werden.

A. Gewaltprävention

Wenige schwere Gewalttaten, die die Öffentlichkeit bewegen, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Baden-Württemberg ein vergleichsweise sicheres Bundesland ist und die meisten Straftaten von milderer Schwere sind, z. B. Diebstähle. Die verminderte Zahl der Straftaten unter Alkoholeinfluss zeigt, dass Maßnahmen, die auf eine Verminderung des Alkoholgenusses im öffentlichen Raum zielen, richtig sind.

Bedenklich ist jedoch, dass die Gewaltkriminalität bei deutschen und nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen weiter zugenommen und ein erschreckendes Ausmaß angenommen hat. Daher ist der Gewaltprävention besonderes Augenmerk zu schenken, insbesondere im Hinblick auf die sozialen Medien samt ihrer Vermittlung fragwürdiger Vorbilder und Verhaltensweisen. Intensive Grundlagearbeit und Wertevermittlung erfordern genügend Personal.

Der Polizei kommt bei der Verhinderung und Verfolgung von Straftaten eine besondere Rolle zu. Daher ist sie personell und finanziell ausreichend auszustatten. Außerdem ist ein funktionierender Datenaustausch zu gewährleisten.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Senkung der Hürden, ein örtlich begrenztes und zeitlich befristetes Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen auszusprechen
- Wiedereinführung des Verkaufsverbots von Alkohol in Tankstellen oder Supermärkten ab 22 Uhr

- Intensivierung der Präventionsarbeit bei Kindern und Jugendlichen
 - Diese sollte im engen Verbund zwischen Schulen, Behörden (insbesondere Polizei) und nicht-staatlichen Einrichtungen erfolgen.
 - Vermittlung eines kritischen und kompetenten Umgangs mit Medien, speziell mit sozialen Medien, und Einübung gewaltfreier Konfliktlösung
 - Gekennzeichnete Videoüberwachung an von Kriminalität besonders belasteten Brennpunkten
- Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnt die ÖDP ab.

- Grundsätzliche Erlaubnis für Kontrolleure und Sicherheitspersonal im Öffentlichen Personenverkehr (ÖPNV), eine gekennzeichnete Bodycam zu tragen
- Verpflichtung für uniformierte Polizisten, bei ihren Einsätzen eine Bodycam zu benutzen
- Flächendeckend erhöhte Personalausstattung bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Gewaltkriminalität, der Korruption sowie der zunehmenden Computer- und Internetkriminalität
- Personelle Verstärkung der Polizei für die bessere Besetzung örtlicher Polizeidienststellen rund um die Uhr und für mehr Bürgernähe

- Landesweite Ausstattung der Polizei mit Tasern, damit diese eine Alternative zum Einsatz der Dienstwaffe hat
- Verbesserung der Datenübermittlung bei Personenkontrollen durch eine Vereinheitlichung der polizeilichen Datenverarbeitung

Statt mehrerer auf einzelne Bundesländer begrenzter Datenbanken ist ausschließlich eine transparente bundeseinheitliche Datenbank samt Abfragesystem zu führen.

- Verwendung seitens der Sicherheitsbehörden einer europäischen Datenanalyse-Software, die mit deutschen Datenschutzstandards vereinbar ist und vollständig unter der Kontrolle demokratischer Gremien steht

Die Landesregierung hat mit der US-Firma Palantir einen Vertrag über die Einführung der Polizeisoftware „Gotham“ beschlossen. Diese Software vermag große Datenmengen zu ana-

lysieren und zu verknüpfen, ist unter datenschutzrechtlichen Aspekten aber sehr bedenklich, zumal die Daten in die Vereinigten Staaten von Amerika mit niedrigen Datenschutzbestimmungen übermittelt werden. Eine vergleichbar leistungsfähige europäische Softwarelösung ist dringend zu entwickeln.

B. Strafverfolgung

Bei Straftaten, die öffentliches Aufsehen erregen, wird oftmals lauthals eine Verschärfung der Strafgesetze gefordert. Diese Forderung täuscht darüber hinweg, dass im Normalfall ausreicht, bestehende Gesetze konsequent anzuwenden.

Freiheitsstrafen bei Vergehen milderer Schwere sollten vermieden werden. Gefängnisaufenthalte verursachen hohe Kosten und kommen somit die Steuerzahler teuer zu stehen. Sie sind oft auch kontraproduktiv, weil im Kontakt mit anderen Gefangenen die Gefahr besteht, dass kriminelle Verhaltensweisen erlernt werden. Dann besteht die Gefahr einer kriminellen „Karriere“. Nach der Entlassung ist die Gefahr eines Rückfalls entsprechend hoch. Haft sollte auf Straftäter beschränkt werden, die eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen. Für die anderen Straftäter sind alternative Strafen mit einem Schwerpunkt auf Wiedergutmachung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft anzuwenden. Rechtlich sind zwar die Voraussetzungen gegeben, jedoch sollten die Möglichkeiten stärker genutzt werden. Auch fehlt es an entsprechend geschultem Personal.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Durchführung einer Strafrechtsreform, die Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit und gegen die sexuelle Selbstbestimmung deutlich härter bestraft als Eigentumsdelikte

- Einordnung von Bagatelldelikten wie Fahren im ÖPNV ohne gültigen Fahrschein als Ordnungswidrigkeit statt als Straftat

- Verhängung von Freiheitsstrafen bei Vergehen milderer Schwere nur bei mehrfacher Wiederholung und bei bandenmäßigem Vorgehen

- Verstärkt opferbezogene Gestaltung des Strafvollzugs

Dazu gehören Opferempathietraining, Täter-Opfer-Ausgleich im Vollzug und Programme, die Täter und unbeteiligte Opfer zusammenbringen.

- Ausweitung der Möglichkeiten sozialpädagogisch begleiteter gemeinnütziger Arbeit seitens der Täter

- Ausweitung des (Jugend-)Strafvollzugs in freien Formen
- Verbesserung des Betreuungsschlüssels von Sozialarbeitern in Haftanstalten und entsprechende Ausbildung von Personal
- Ausreichende finanzielle Ausstattung der Träger der freien Straffälligenhilfe und damit Sicherung landesweit erprobter Angebote
- Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze auf zwölf Jahre

Die Senkung der Strafmündigkeitsgrenze ermöglicht eine größere Palette von Erziehungs- bzw. Sanktionsmaßnahmen. Die Strafmündigkeit wird im Einzelfall geprüft.

- Verbesserung von Betreuung und Fürsorge von Kriminalitätsoffern durch psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer und Angehörige, durch Trauma-Ambulanzen und durch landesweit eingerichtete und aufgabengerecht ausgestattete Opferberatungsstellen
- Besserer Schutz von Zeugen

Kultur

Kultur fördern – Gesellschaftliche Vielfalt erlebbar machen.

Wer die ÖDP wählt, setzt sich für eine Kultur der Vielfalt und der Kunstfreiheit ein.

Kultur ist das Herz einer Gesellschaft, das in Vielfalt und Kreativität pulsiert. Sie bereichert das Leben u. a. durch Darstellendes Spiel, Malerei, Musik, Theater sowie Sprache und schafft so Räume für Dialog und Verständnis. Des Weiteren verbindet Kultur Menschen über Grenzen hinweg. Die finanzielle Ausstattung der Kulturstätten und die Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden entsprechen jedoch nicht der Bedeutung, welche die Kultur für die Gesellschaft hat bzw. haben sollte. Vielmehr scheint das Kulturschaffen gegenwärtig weitgehend wie ein Hobby von Idealisten zu sein, denen eine Aufwandsentschädigung zusteht. Hier bedarf es eines Umdenkens, sodass bei Sparmaßnahmen der Rotstift nicht an erster Stelle bei den Kulturstätten und Kulturschaffenden angesetzt wird.

A. Kulturförderung

Durch Förderung von Kunst, Bildung und kulturellen Projekten entstehen Räume für Kreativität und Innovationen, die die Gesellschaft bereichern. Dieser Förderung kommt somit im Hinblick auf eine lebendige, vielfältige und dynamische Kulturszene und damit auch auf eine lebendige Gesellschaft eine wichtige Aufgabe zu. Das bedeutet auch, dass kulturelles Schaffen nicht in erster Linie nach wirtschaftlichen Kriterien bemessen werden darf.

Kultur ist wesentlicher Bestandteil von gesellschaftlichen Identitäten und des sozialen Zusammenhalts. Obwohl die Kultur in vielfacher Hinsicht eine Bereicherung der Gesellschaft darstellt, sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kulturschaffenden oft erschwert. Die Arbeitsverträge sind oft befristet und schlechter als diejenigen des Öffentlichen Dienstes. Viele Kulturschaffende arbeiten auf Honorarbasis, bei schlechter sozialer Absicherung. Es ist darauf hinzuwirken, dass Benachteiligungen gegenüber anderen Berufsgruppen abgebaut werden.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Weiterentwicklung und Erhalt von kulturellen Einrichtungen wie Museen, Theatern und Bibliotheken, die als Orte der Begegnung und des Austauschs dienen
- Unterstützung unterschiedlicher Kunstformen und -stile, um eine breite Palette kultureller Ausdrucksformen zu gewährleisten

- Berücksichtigung der Steigerung der Betriebs- und Lebenshaltungskosten im Kulturerbe des Landes
- Faire Bezahlung, flexible, besser geregelte Arbeitszeiten und Zugang zu Ressourcen, die es Künstlern und Kulturschaffenden ermöglichen, ihre Projekte erfolgreich umzusetzen
- Sicherstellung des Zugangs aller Menschen zu kulturellen Angeboten, unabhängig von ihrem sozialen oder wirtschaftlichen Hintergrund
- Förderung von Bildungsprogrammen, die das Verständnis und die Wertschätzung von Kunst und Kultur in der Gesellschaft stärken

Förderung des kulturellen Austauschs und der Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg, um globale Perspektiven zu integrieren

B. Geschlechtergerechte Sprache

Sprache und Kultur sind eng miteinander verbunden. Sprache ist nicht nur ein Kommunikationsmittel, sondern eröffnet auch Einblicke in die Kultur und Denkweise einer Gesellschaft. Sprache prägt eine Gesellschaft und wird von der Gesellschaft geprägt.

Im Hinblick auf geschlechtergerechte Sprache hat die ÖDP eine gelassene und differenzierte Einstellung. Weder fordert die ÖDP sie grundsätzlich im öffentlichen oder staatlichen Bereich noch will sie sie grundsätzlich verbieten.

Sprache hat nicht nur die Aufgabe, alle Geschlechter abzubilden oder geschlechtsneutral zu sein, sondern sollte auch verständlich und leicht lesbar sein. Wenn also seitens öffentlicher oder staatlicher Einrichtungen geschlechtergerechte Sprache verwendet wird, sollte dies so geschehen, dass Verständlichkeit und Lesbarkeit nicht leiden.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Sachlichen und differenzierten Umgang mit geschlechtergerechter Sprache in öffentlichen und staatlichen Einrichtungen
- Weiterhin grundsätzliche Verwendung des „generischen Maskulinums“ in Rechtstexten und auf Verkehrsschildern (Beispiel: „Radfahrer absteigen!“)

Landwirtschaft

Ein Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie

Wer die ÖDP wählt, setzt sich für die Stärkung der kleinbäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft ein, damit diese mit Produkten existenzsichernd betrieben werden kann, die für die breite Bevölkerung erschwinglich sind.

Die ÖDP misst der Landwirtschaft große Bedeutung bei, denn ihr kommen zahlreiche wichtige Aufgaben zu: Sie produziert Lebensmittel, trägt zum Erhalt vielfältiger und wertvoller Kulturlandschaften bei und hat einen entscheidenden Einfluss auf die Wasserversorgung und -qualität, den Bodenzustand, das Klima und die Artenvielfalt.

In Baden-Württemberg – wie auch in den anderen Bundesländern – steht die Landwirtschaft vor großen Herausforderungen. Die Anzahl landwirtschaftlicher Höfe schrumpft seit Jahrzehnten beständig, wogegen die Größe der verbleibenden Höfe steigt, nach dem Motto „Wachse oder weiche“. Ein wesentlicher Grund dafür ist das EU-Förderungssystem, bei dem zwei Drittel der Fördergelder nach Betriebsgröße (je Hektar) gezahlt werden und nur ein Drittel für besondere Leistungen im Bereich Umwelt- oder Landschaftsschutz. Hinzu kommt ein ruinöser Preiskampf bei landwirtschaftlichen Produkten und ein hohes Maß an Bürokratie. So kommt es, dass konventionell wirtschaftende Großbetriebe profitieren und überleben, Kleinbauern dagegen aufgeben müssen. Die Folgen sind ein hoher Verbrauch an Energie, Pflanzenschutzmitteln und synthetischem Dünger. Wegen des großen Tierbestandes wird zudem viel Gülle ausgebracht. All dies schadet dem Landschaftsbild, der Qualität des Wassers, dem Zustand des Bodens, dem Klima und der Artenvielfalt.

Eine Kehrtwende in der Landwirtschaftspolitik ist dringend geboten. So setzt sich die ÖDP für eine Stärkung der kleinbäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft ein. Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Landwirtschaft existenzsichernd betrieben werden kann.

A. Acker-, Obst- und Gemüsebau

Seit Juli 2020 gilt das Biodiversitätsstärkungsgesetz, das aus dem von der ÖDP im Trägerkreis unterstützten Volksbegehren „Artenschutz“ entstanden ist. In diesem Gesetz hat sich das Land Baden-Württemberg unter anderem dazu verpflichtet, den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln (Pestiziden) bis zum Jahr 2030 um 40 bis 50 Prozent zu senken. Außerdem soll bis dahin ein Ausbau der Bio-Landwirtschaft auf 30 bis 40 Pro-

zent der bewirtschafteten Fläche erfolgen. Parkinson ist als eine Berufskrankheit all derer anerkannt worden, die chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel langjährig und häufig im beruflichen Zusammenhang angewandt haben. Das zeigt neben dem Artensterben, wie dringlich die Verringerung der Ausbringung solcher Pflanzenschutzmittel ist.

Von diesen Zielvorgaben ist das Land noch weit entfernt. So wurden im Jahr 2023 erst 14,8 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche biologisch bewirtschaftet. Auch wenn das Erreichen der Ziele schwer ist, sind sie weiter anzustreben. Dabei ist nicht nur der Ausbau des Bio-Landbaus voranzutreiben, sondern der gesamte Landbau umweltfreundlicher zu gestalten. Damit die Fläche, auf der biologisch produziert wird, steigt, brauchen die Landwirte Anreize. Ein wesentlicher Anreiz ist die Steigerung der Nachfrage, die auskömmliche Preise mit sich bringt. Landwirte müssen in die Lage versetzt werden, von ihrer Arbeit leben zu können. Dabei ist es eine Herausforderung, die Preise für Bio-Lebensmittel erschwinglich zu halten. Dazu tragen regionale Produktion und direkte Vertriebswege bei. Da Bio-Landwirtschaft erheblich mehr Arbeit macht, müssen Leistungen im Bereich des Umwelt- und Landschaftsschutzes gezielt und verstärkt gefördert werden.

Die Verbraucher könnten mit weniger Rind, Schwein und Geflügel auskommen. Allerdings kann die Menschheit nicht auf das unscheinbarste aller Nutztiere, die Biene, verzichten. Sie ist für einen Großteil unserer Nahrung unentbehrlich zuständig.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Aufwertung des bäuerlichen Berufsstands und des ländlichen Raums insgesamt durch eine Landeskampagne „Ländlicher Raum und Landwirtschaft“
- Agrarförderung, die verstärkt der bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft, insbesondere den Klein- und Mittelbetrieben, zugutekommt

Die Förderprogramme FAKT (Förderprogramm Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl) und LPR (Landschaftspflegerichtlinie) sind zu aktualisieren und fortzuführen.

- Vielfältiger Bienen- und Insektenschutz, unter anderem durch Verringerung und Ersatz von synthetischen Beiz-, Spritz- und Düngemitteln, Schutz von Biotopen wie Ackerrändern und Kleingehölzen, Förderung des Anbaus von all-gemein verträglichen Wildkräutern und Blühmischungen
- Wiederherstellung ökologischer Fruchtfolgesysteme

- Saat- und Pflanzgut, Ernteerzeugnisse, Futter- und Lebensmittel, die absolut frei von gentechnischen Veränderungen sind
- Intensivierung einer ökologisch ausgerichteten, praxisorientierten Agrarforschung, insbesondere auch im Blick auf standortangepasste Kulturpflanzen
- Kostenlose Öko-Beratung für die Verbraucher, kostenlose Schadstoffkontrollen ihrer Produkte für die Landwirte
- Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung auf ein Minimum, zum Beispiel auf Notfälle
- Vereinigung von Landwirtschaft und Naturschutz in einem gemeinsamen Ministerium, da es viele Überschneidungen und Synergien zwischen Landnutzung und Naturschutz gibt
- Ausbau des Grundwasser- und Bodenschutzes, insbesondere mit dem Ziel eines Verbots von Agrartechniken, die zu irreversiblen Bodenschädigungen führen, ferner eines Verbots von nicht artgerechter, Umwelt und Mensch schädigender Massentierhaltung sowie eines sofortigen und vollständigen Verbots des Einsatzes von Glyphosat enthaltenden Herbiziden („Round-up“)

Die ÖDP unterstützt die bestehenden Projekte:

- Sicherung der Existenz bäuerlicher, insbesondere ökologisch bewirtschafteter Familienbetriebe, sowie Unterstützung bei der Hofübergabe und Hofübernahme
- Förderung von Schulbauernhöfen im Rahmen des Projekts „Lernort Bauernhof“
- Förderung von Züchtung, Anbau und Nutzung von Pflanzen zur natürlichen Bodenverbesserung und Eiweißfuttermittelproduktion
- Förderung der Saatgutbereitstellung für Energie- und Insektenweidepflanzen
- Entwicklung und Erprobung von Maßnahmen, mit denen sich in den Bereichen Acker-, Obst-, Gemüse- und Weinbau Pflanzenschutzmittel einsparen lassen

Die auf den Demonstrationsbetrieben erfolgreich erprobten Maßnahmen sollen auf andere Betriebe ausgeweitet werden.

- Verstärkung der Vernetzung von regionalen Erzeugern, Verarbeitern, Händlern, Verbrauchern und Küchen (= Ansatz der Bio-Musterregionen)

Was regional produziert werden kann, sollte auch regional produziert und nicht aus anderen Ländern und Regionen importiert werden.

B. Weinbau

Der Weinbau ist im Land nicht nur ein bedeutender Wirtschaftszweig, sondern ist auch in vielen Regionen des Landes bedeutsam für den Erhalt der Kulturlandschaft.

Allerdings wird der Weinbau – neben ungünstigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren - durch die Klimaerwärmung gefährdet, und zwar durch die Einwanderung neuer Schädlinge und immer stärker werdende Extremwetterereignisse. Diese Gefahr macht deutlich, wie wichtig Klimaschutzmaßnahmen sind. Die Klimaerwärmung darf auf keinen Fall verharmlost und gegen die wissenschaftlichen Erkenntnisse als naturgegeben betrachtet werden.

Die Verhinderung von Schädlingsbefall soll zuvörderst durch eine Stärkung der Weinreben und durch ein ausgeglichenes Ökosystem geschehen und nicht in erster Linie durch Pflanzenschutzmittel. Dazu trägt der Bio-Landbau bei, aber es ist auch auf eine zunehmende Verwendung von pilzwiderstandsfähigen Sorten (PIWI-Sorten) hinzuwirken.

Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen des Weinbaus sind die Weinbauern dabei zu unterstützen, weitere Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Verlässliche Gesetzgebung, die Weinbauern langfristige Planung ermöglicht

Die Pflanzung von Weinreben erfolgt auf eine Nutzungszeit von 30 bis 50 Jahren hin.

- Förderung von Maßnahmen des Strukturwandels, sofern sie nicht dem Biodiversitätsstärkungsgesetz zuwiderlaufen

Zu diesen Maßnahmen gehört die Umwandlung aufgelassener Flächen in Biotopvernetzungen, Blühflächen und Habitatflächen.

- Fördermaßnahmen zum Erhalt des kulturlandschaftsprägenden Steillagen-Weinbaus

- Förderung der Eigenvermarktung von Winzerbetrieben, u. a. durch die Flexibilisierung der Bestimmungen für Besenwirtschaften

- Zulassung des Pflanzenschutzmittels Kaliumphosphonat auch im Bio-Weinbau

Im Bio-Weinbau sind derzeit nur natürlich vorkommende Pflanzenschutzmittel zulässig. Diese sind aber nicht unbedingt unbedenklich, wie das Kupfer zeigt, das sich im Boden anreichert und sich negativ auf die Bodenlebewesen auswirkt. Kaliumphosphonat war bis 2013 von der EU zugelassen und ist gesundheitlich unbedenklich, wurde jedoch als synthetischer Wirkstoff verboten – mit beträchtlichen Auswirkungen für den Weinbau in Baden-Württemberg.

Migration

Zuwanderung steuern und gestalten

Wer die ÖDP wählt, sorgt dafür, dass unter Wahrung des Asylrechts die Interessen von Zuwanderern und ansässiger Bevölkerung zum Ausgleich kommen können.

Die ÖDP bekennt sich klar zu einer weltoffenen Gesellschaft und zum Schutz von verfolgten Menschen. Das Asylrecht darf nicht angetastet werden. Es ist zugleich darauf hinzuwirken, dass die Aufnahmekapazitäten den wirklich Verfolgten vorbehalten bleiben und Asylmissbrauch unterbunden wird. Durch eine ganzheitliche, faire und lebensdienliche Politik sollen schrittweise Fluchtursachen abgebaut und somit die Flüchtlingsströme verringert werden. Konflikte werden durch den Kampf um Rohstoffe, um die Verteilung der Einnahmen und um die Transportwege angeheizt. Insofern ist eine Politik, die konsequent auf eine Verringerung des Rohstoffverbrauchs abzielt, Friedenspolitik und effiziente Asylpolitik.

Von der unfreiwilligen Migration, der Flucht, ist die freiwillige Migration, die Arbeitsmigration, zu unterscheiden. Bei dieser wird die Aufenthaltsgenehmigung zum Zwecke der Aufnahme einer Arbeit erteilt. Während das Asylrecht die oben erwähnten Betroffenen zum Schutz berechtigt, ist die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften am Bedarf auf dem deutschen Arbeitsmarkt auszurichten. Dazu bedarf es klarer gesetzlicher Regelungen. Das Abwerben von Fach- und Führungskräften sollte jedoch nicht zu einem „Ausbluten“ der Herkunftsländer führen.

Die ÖDP befürwortet gleichermaßen sowohl die Integration von Migrantinnen in die hiesige Gesellschaft als auch den Aufbau von Bleibe- und Zukunftsperspektiven in ihren Heimatländern. Dabei spielen Bildung, Ausbildung und Weiterbildung ebenso eine große Rolle wie Investitionen in den Aufbau einer wirtschaftlichen Existenz und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Heimatländern.

A. Asyl

Es ist dringend darauf hinzuwirken, dass die Akzeptanz des Asylrechts gewahrt bleibt. Dafür ist – unter Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien - eine Verkürzung der Dauer der Asylverfahren auf nicht mehr als drei Monate notwendig. Das verringert die Zeitspanne der Ungewissheit und macht Aufnahmekapazitäten frei. Besonderes Augenmerk verdient die freiwillige Rückkehrberatung, die Perspektiven in den Herkunftsländern der Asylbewerber aufzeigt und schafft. Eine solche Beratung richtet sich in

erster Linie an Asylbewerber mit geringen Anerkennungschancen oder negativem Asylbescheid zur Vermeidung einer zwangsweisen Rückkehr.

Die Ausreisepflicht soll tatsächlich vollzogen werden, und zwar unter humanen Bedingungen. Ausländer, die eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Ordnung und die Mitmenschen darstellen, sind konsequent abzuschicken. Gleiches gilt für Asylsuchende, deren Aufnahmegesuch rechtskräftig abgelehnt wurde und die nicht freiwillig zurückkehren. Dazu bedarf es des Abbaus von Abschiebungshindernissen. Für die Aufenthaltsbeendigung sind grundsätzlich die Länder zuständig. Dabei ist jedoch eine Vielzahl von Behörden im Bund und in den Ländern beteiligt. Folglich müssen sowohl im Bund als auch in den Ländern die nötigen Maßnahmen erfolgen.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Zügige, faire und transparente Abwicklung von Asylverfahren

Zu einem rechtsstaatlichen Verfahren gehört, dass bei der Anhörung ein vereidigter Dolmetscher zur Verfügung steht und ein neutraler Beobachter anwesend ist, und dass die Asylentscheidung von einem Richter gefällt wird. So wird vermieden, dass zahlreiche fehlerhafte Asylentscheidungen nach Einsprüchen von Gerichten revidiert werden müssen.

- Weiterentwicklung der an Verwaltungsgerichten eingerichteten, speziell mit Asylverfahren befassten Kammern, wo möglich, mit KI-basierter beschleunigter Datenbearbeitung
- Anpassung der personellen und finanziellen Ausstattung der für Asylverfahren zuständigen Ämter an den aktuellen Bedarf
- Menschenwürdige Unterbringung der Asylsuchenden

Durch ausreichende Vorplanung muss vermieden werden, dass zu viele Asylsuchende oder Asylsuchende von verschiedenen Konfliktparteien in einer Wohneinheit untergebracht sind.

- Ausreichende Betreuung von Asylsuchenden durch Sozialarbeiter

Dies gilt insbesondere für Brennpunkte, beispielsweise Unterkünfte, in denen zahlreiche unbegleitete junge Männer oder Familien oder Menschen, die einem Volk mit Konfliktpotenzial angehören, untergebracht sind.

- Auszahlung von Unterhalt teils in Form von Geld, teils in Form von Bezahlkarten und Sach-

leistungen, um Geldtransfers in Heimatländer zu vermeiden

Dabei ist das Existenzminimum stets zu gewährleisten.

- Verringerung von Verwaltungsaufwand durch klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten von Kreissozialamt und Jobcenter

Mittels transparenter Entscheidungsstrukturen und Zuständigkeiten sollen mehrfache Fallbearbeitungen vermieden werden. Geflüchtete sollen sich auf einen mit dem Sozialsystem vertrauten persönlichen Berater verlassen können.

- Flächendeckender Ausbau der Perspektiv- und Rückkehrberatung und Sicherung der Finanzierung der Beratungsstellen

- Schaffung oder Ausbau dauerhafter Perspektiven für abgelehnte Asylbewerber in deren Heimatländern

- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Heimatländern der rechtskräftig abgelehnten Asylsuchenden

Der Schlüssel liegt in fair ausgehandelten Rückübernahmeabkommen und -vereinbarungen, die schnelle und wirksame Verfahren für die Identifizierung des Asylsuchenden, für die Neuausstellung von Ausweisepapieren und für die Überführung in das Herkunftsland enthalten.

- Ausweisung von Ausländern, die einer kriminellen Vereinigung angehören

Der Verdacht allein oder eine frühere Angehörigkeit darf dabei nicht ausreichen; auf eine frühere Angehörigkeit kann durchaus eine glaubwürdige Distanzierung von der kriminellen Vereinigung erfolgt sein.

B. Arbeitsmigration

Arbeitsmigration hat sich in erster Linie nach dem Bedarf des Arbeitsmarktes zu richten. Dabei sollte der Bedarf so weit wie möglich auf dem deutschen Arbeitsmarkt gedeckt werden. Sofern der Bedarf nicht gedeckt werden kann oder besondere Fachkräfte benötigt werden, sollte auf Arbeitsmigranten auch aus Nicht-EU-Staaten zurückgegriffen werden. Das sollte so erfolgen, dass es hinsichtlich der Fachkräfte nicht zu einem „Ausbluten“ der Herkunftsländer kommt.

Die Erteilung einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis ist an Bedingungen, wie entsprechende beruf-

liche Qualifikationen und ausreichende Deutschkenntnisse, zu knüpfen. Die ÖDP will insbesondere Menschen ansprechen, die besondere Eigeninitiative zeigen und sich aktiv in die bestehende Gesellschaft einbringen möchten. Die ÖDP unterstützt den Mut zur Selbständigkeit und Existenzgründung, der bei Menschen mit Migrationshintergrund stark ausgeprägt ist.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Zielgerichtete Anwerbemaßnahmen, beispielsweise durch Fachkräfteberatung vor Ort im Ausland, Jobbörsen und Informationen über die Voraussetzungen der Arbeit in Deutschland bzw. in Baden-Württemberg

Die Imagekampagne „The Länd“ war zu teuer und zu allgemein und wurde zu wenig daraufhin ausgewertet, ob das Ziel erreicht wurde.

- Stärkung der Rechte von ausländischen Leih- und Saisonarbeitskräften, insbesondere in der Krankenversicherung und bei Mindeststandardtarifen

- Durchführung von Kampagnen zur Arbeitsmigration in den Ländern, in denen ein entsprechender Fachkräfte-Überschuss herrscht

- Strikte Einhaltung und Überwachung aller einschlägigen arbeitsrechtlichen nationalen Bestimmungen zum Wohl aller Beschäftigten und rechtschaffenen Betriebe

- Strikte Bekämpfung insbesondere der organisierten Kriminalität in den Bereichen Sozialleistungsmissbrauch, Menschenhandel/Prostitution und illegaler Beschäftigung im Zusammenhang mit Migration

C. Integration

Die durch Mitbürger mit Migrationshintergrund entstandene kulturelle Vielfalt bereichert das Leben in Baden-Württemberg, führt aber auch zu Konflikten. Für den Zusammenhalt einer Gesellschaft bedarf es einer gemeinsamen verbindlichen Grundlage. Diese Grundlage stellt die deutsche Verfassung und freiheitliche Gesetzgebung dar.

Für ein reibungsloses Zusammenleben auf der Grundlage der deutschen und baden-württembergischen Verfassung und Gesetzgebung ist eine weitreichende Integration notwendig, welche die Zusammenarbeit aller Beteiligten – Migranten, Behörden, Kinderbetreuungseinrichtungen und Bildungseinrichtungen – voraussetzt und im Kindesalter beginnt. Integration beginnt mit dem Erlernen der deutschen Sprache und mit der Mitarbeit in

den Betrieben. Wichtig sind grundlegende Informationen über die deutsche Gesellschaft und über das angemessene Verhalten in ihr. Sie setzt die Akzeptanz des bestehenden Werte- und Rechtsverständnisses voraus. Die Grundrechte, wie sie im deutschen Grundgesetz niedergelegt sind, müssen vermittelt und gelebt werden. Dazu gehören auch das Werben für die deutsche Wertegesellschaft, das Bewusstmachen von persönlichen Rechten und Pflichten sowie die Aufforderung zur Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Es muss alles getan werden, damit es keine Parallelgesellschaften innerhalb Deutschlands gibt.

Die Integration von Geflüchteten soll durch sprachliche Schulungen und Ausbildungsangebote grundsätzlich und umfassend dazu führen, dass eine sozialversicherungspflichtige Arbeit aufgenommen werden kann. Ausbildungen von Geflüchteten sollen unbürokratisch über zu fördernde betriebliche Maßnahmen erfolgen können. Wenn bei einem gut integrierten Geflüchteten der Aufnahmegrund wegfällt, ist in einer Einzelfallprüfung die rechtliche Möglichkeit der Abschiebung gegen die gesellschaftlich gegebene Integration abzuwägen. Bei der Entscheidung über eine mögliche Abschiebung ist in besonderem Maße die Lebenssituation des Geflüchteten zu berücksichtigen.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Vermittlung sachlicher und fundierter Information ohne Verzerrung und Beschönigung über andere Kulturen und Religionen. Dadurch wird Feindseligkeiten gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund der Boden entzogen.

- Religionsunterricht nur durch staatlich anerkanntes Fachpersonal in den Räumlichkeiten der Schulen und in deutscher Sprache

- Erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufszertifikaten und schnellere Eingliederung von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt

Ein qualifizierter Arbeitsplatz spielt eine sehr wichtige Rolle bei der Integration von Migranten in die Gesellschaft.

- Förderung von Netzwerken und Initiativen zur Integration

Das Wissen und die Erfahrung der Mitbürger mit Migrationshintergrund sind als Basis für interkulturelle Verständigung und Akzeptanz zu nutzen.

- Umwandlung von guten Integrations-Projekten in bundesweit einheitliche, dauerhafte Förderungen

Natur- und Landschaftsschutz

Den Schatz der Heimat bewahren

Wer die ÖDP wählt, sorgt dafür, dass der Naturschutz in Baden-Württemberg nicht geschwächt, sondern gestärkt und ausgebaut wird.

Baden-Württemberg hat eine vielfältige Natur- und Kulturlandschaft. Diese Vielfalt an Lebensräumen zu bewahren, ist der ÖDP ein zentrales Anliegen.

Die ÖDP setzt sich für fruchtbare Böden, sauberes Wasser, lebensfreundliches Klima und eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt ein. All dies trägt nicht nur zur Lebensqualität bei, sondern stellt die Lebensgrundlage der Menschen dar. Zwischen allen Bestandteilen der Natur gibt es Wechselwirkungen, und wenn ein Bestandteil geschädigt wird, hat dies negative Auswirkungen auf die anderen Bestandteile. Insekten beispielsweise bestäuben die Pflanzen und ernähren Vögel, die wiederum Pflanzensamen verbreiten. Wenn die Zahl und Vielfalt der Insekten abnehmen, wird letztendlich die Lebensmittelversorgung der Menschen gefährdet.

Verschiedenste Studien haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die Anzahl an Insekten, Vögeln und Amphibien in Baden-Württemberg drastisch zurückgeht. Diese Entwicklung wurde durch eine von Konkurrenz geprägte Agrarindustrie, dauerhaft anhaltende Flächenversiegelung und Zerschneidung der Lebensräume sowie durch die Klimaerwärmung angetrieben und konnte in den letzten Jahren mit herkömmlichen Mitteln nicht gestoppt oder umgekehrt werden. Ein ganzheitlicher und konsequenter Natur- und Landschaftsschutz ist daher dringend geboten.

A. Umweltgesetzgebung

Die ÖDP setzt sich für eine umfassend lebensfreundliche Politik ein. In allen Bereichen der Politik sollten Gesetze so beschaffen sein, dass sie Leben schützen und fördern. Das schließt wirksame Umweltgesetze ein. Dabei soll sich die Umweltgesetzgebung nicht vorrangig am Nutzen der Natur für den Menschen ausrichten, sondern es soll das Prinzip gestärkt werden, wonach Natur und Kulturlandschaft auch aufgrund ihres eigenen Werts zu schützen sind. Dieses Prinzip ist zwar im Bundesnaturschutzgesetz (§ 1 Abs. 2) festgeschrieben, wird jedoch zu wenig beachtet. Der Natur sollten im Grundgesetz und in den Landesverfassungen eigene Rechte zugestanden werden. Grenzwerte für chemische Stoffen im Wasser würden dann beispielsweise nicht allein auf die Empfindlichkeit des menschlichen Organismus hin ausgerichtet, son-

dern auch auf die Folgen für andere Lebewesen.

In der Umweltgesetzgebung hat man es vielfach mit einem Umsetzungsdefizit zu tun. Das bedeutet, dass zwar mehr oder weniger ambitionierte Gesetze erlassen werden, dann aber nicht ausreichend geprüft wird, ob das Gesetz umgesetzt und das Ziel erreicht wird. Das hat verschiedene Gründe: Zum einen werden verschiedentlich nicht ausreichend praktische Belange der Betroffenen bedacht, was Gesetze realitätsfern macht, zum anderen werden großzügig Ausnahmeregelungen erlassen. Auch werden der Begleitung und Überprüfung der Umsetzung und Wirksamkeit von Gesetzen zu wenig Gewicht beigemessen und zu wenig sachkundiges Personal bereitgestellt.

Ein Monitoring dient der Überprüfung, ob ein Gesetz umgesetzt wird. Die Landesregierung setzt dieses Instrument z. B. hinsichtlich des Ausbaus des funktionalen Biotopverbundes auch ein, allerdings erfolgt dies nicht durch eine unabhängige Stelle, sondern durch das Umweltministerium in Zusammenarbeit mit der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW). Dabei wird die Fläche des funktionalen Biotopverbundes hochgerechnet, indem beispielsweise Ökokontoflächen eingerechnet werden. Die Zerschneidungen der Landschaft werden nicht ausreichend berücksichtigt und so lautet das geschönte Ergebnis: Zwischenziel erreicht!

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Verankerung der Rechte der Natur in der Landesverfassung
- Ausreichende Beachtung praktischer Belange der Betroffenen bei der Gesetzgebung
- Unabhängiges professionelles Monitoring der Umsetzung und Wirksamkeit zentraler Umweltgesetze, wobei das Monitoring möglichst unbürokratisch erfolgen soll

B. Natur- und Landschaftsschutzgebiete

Naturschutzgebiete und Biotopverbünde haben hinsichtlich des Artenschutzes eine große Bedeutung. Ein herausragendes Schutzgebiet ist der Nationalpark Schwarzwald, dessen Vergrößerung und Weiterentwicklung die ÖDP begrüßt. In Baden-Württemberg sind etwa 2,5 Prozent der Landesfläche als Naturschutzgebiete ausgewiesen. Diesen Anteil gilt es ebenfalls zu vergrößern. Außerdem hat sich die Landesregierung verpflichtet, bis zum Jahr 2030 15 Prozent der Offenlandfläche Baden-Württembergs als funktionalen Biotopverbund auszuweisen. 2023

waren 10,9 Prozent ausgewiesen. Beim funktionalen Biotopverbund sind Lebensräume von Arten nicht isoliert, sondern miteinander verbunden. Das ist notwendig, damit die Tiere wandern, sich ausbreiten und wieder ansiedeln können. Die Verbindung erfolgt durch Trittsteine, Hecken, ungenutzte Ackerränder, Tümpel und Trockenmauern.

Es ist aber nicht nur notwendig, die gesamte Fläche der Naturschutzgebiete und des funktionalen Biotopverbundes zu vergrößern, sondern es ist auch notwendig, dass die dort bestehenden Regelungen eingehalten werden. Hier besteht Handlungsbedarf. Gegenwärtig gibt es in Schutzgebieten mit großer Bedeutung (u. a. Feldberg, Taubergießen) Ranger. Diese können dort Fehlentwicklungen und Verstöße gegen die Schutzgebietsverordnung besser ahnden als die ansonsten zuständigen Mitarbeiter in den Regierungspräsidien, die die Naturschutzgebiete zeitlich bedingt nur selten aufsuchen können. So werden in der Realität die Biotopverbünde hauptamtlich nur unzureichend betreut. Den Landnutzern und Besuchern vor Ort fehlt so ein häufig anwesender Ansprechpartner. Zudem kommen Meldungen von Schädigungen und Zerstörungen überwiegend von Ehrenamtlichen und sonstigen Personen, die eigentlich nicht zuständig sind.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Erarbeitung und Umsetzung einer umfassenden Strategie zum Schutz des Auerhuhn-Bestandes im Schwarzwald

Der Bestand des Auerhuhns ist stark rückläufig und aus genetischer Sicht aufgrund zu geringer Anzahl an Tieren und zu geringen Lebensraums dauerhaft nicht überlebensfähig. Das Auerhuhn ist ein Charaktervogel des Schwarzwaldes, weshalb sein Überleben auch für den Tourismus wichtig ist.

- Weiteres Vorantreiben der Wiederansiedlung des Luchses in Baden-Württemberg
- Ausweisung von neuen Naturschutzgebieten und Renaturierung von begradigten Fließgewässern

Dies dient nicht nur dem Natur- und Artenschutz, sondern auch dem Hochwasserschutz, Klimaschutz und Tourismus.

- Konsequente Umsetzung der bereits beschlossenen Strategie, den funktionalen Biotopverbund bis 2030 auf 15 Prozent der Offenland-Landesfläche zu erweitern
- Verpflichtende Umsetzung der Maßnahmenvorschläge aus kommunalen Biotopverbundplanungen

- Betreuung der Schutzgebiete von vor Ort präsenten Hauptamtlichen, um Fehlentwicklungen schnell beheben zu können

Nicht nur in Naturschutzgebieten mit großer Bedeutung (u. a. Feldberg, Taubergießen) sollten Ranger für Schutz und Kontrolle verantwortlich sein, sondern in allen Kreisen. Die Ranger sollten zumindest einmal im Jahr sämtliche Biotopverbünde (auch außerhalb der Schutzgebiete) aufsuchen, bei deren Beeinträchtigung oder Zerstörung einschreiten, gegebenenfalls die Wiederherstellung anordnen und die nötigen Pflegemaßnahmen zur Erreichung des Schutzziels durchführen.

- Bessere personelle Ausstattung der Naturschutzverwaltung

Der Schwerpunkt der Arbeit des Personals muss die Wiederherstellung von Naturräumen und naturnahen Kulturlandschaften sein.

- Keine Kürzung der Mittel für die Umsetzung der Landschaftspflegerichtlinie

Die Aufgaben der Landschaftspflegerichtlinie sind in den letzten Jahren stark gewachsen. Neben dem Vertragsnaturschutz gehören nun auch Herdenschutz und Biotopverbundplanung dazu.

- Aktualisierung der Ökokonto-Verordnung BW und Aufnahme des Schutzgutes „Fläche“

Das Ökokonto an sich ist sinnvoll, jedoch gleicht der bisherige Ausgleich von umweltschädlichen Bauvorhaben einem Ablasshandel, der Naturzerstörung und Flächenversiegelung begünstigt. Die Evaluierung hat gravierende Mängel und Schlupflöcher festgestellt, die behoben bzw. gestopft werden müssen.

- Anordnung durch die Wasserbehörden, dass die Gewässerunterhaltungspflichtigen die Wiederherstellung der Durchgängigkeit von Fließgewässern laut EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen müssen

Dadurch anfallende Kosten müssen den Gewässerunterhaltungspflichtigen erstattet werden.

- Ersterfassung der Einhaltung der 5 bzw. 10 Meter breiten Gewässerrandstreifen durch die Wasserbehörden mit anschließender Mängelbeseitigung

Randstreifen schützen Gewässer vor Düngemitteln und Pestiziden, speichern Wasser, beugen der Bodenerosion vor und bieten vielen Tier- und Pflanzenarten Lebensraum und Wan-

dermöglichkeiten. Es reicht nicht, die Gewässerrandstreifen vorzuschreiben, sondern die Einhaltung der Vorschrift muss auch kontrolliert werden. Bei der Erfassung ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) denkbar.

C. Streuobstlandschaft

Große Bedeutung kommt dem Erhalt der Streuobstwiesen als Natur- und Kulturerbe zu. Sie sind ein attraktiver Erholungsraum, der in der Blütezeit schön anzuschauen ist. Für viele Ortsansässige stellen sie auch ein Stück Heimat dar und sind samt den vielfältigen Streuobstprodukten wichtig für die regionale Identität. Die Bedeutung der Streuobstwiesen für den Tourismus ist nicht zu unterschätzen. Darüber hinaus bieten sie einen besonderen Artenreichtum an Tieren und schützen an Hanglagen den Boden vor Erosion.

Gegenwärtig sind sie jedoch bedroht, zum einen durch Siedlungs- und Straßenbau, zum anderen durch den schlechten Pflegezustand vieler Obstbäume. Es gilt also, die Streuobstwiesen durch Eindämmung des Flächenfraßes, durch konsequentere Umsetzung der Schutzbestimmungen und ausreichende Förderung der Pflege und Vermarktung der Produkte besser zu schützen.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Ersterfassung der bestehenden Streuobstflächen ab 1.500 m² ähnlich der landesweiten Biotopkartierung und Kontrolle des Bestandschutzes
- Unkomplizierte Förderprogramme zur Pflege der Streuobstwiesen und Aufstockung der Fördermittel
- Umsetzung einer Strategie für einen insekten-schonenden Pflanzenschutz sowie Hilfe bei der Vermarktung von Streuobst-Produkten

D. Lichtverschmutzung

Licht ist der Taktgeber des Menschen und der Tier- und Pflanzenwelt. Der Wechsel von Tag und Nacht steuert die „innere Uhr“, nach der sich Wach- und Schlafzeiten richten. Wird die Nacht durch künstliches Licht erhellt, hat dies erhebliche Auswirkungen auf den Menschen und die Umwelt. Die „innere Uhr“ gerät durcheinander, Tiere werden verwirrt und der Lebenszyklus der Pflanzen verändert. Dies kann bis hin zum Aussterben von Arten führen. Besonders augenfällig ist die schädliche Wirkung der Lichtverschmutzung, wenn nachtaktive Insekten um eine Straßenleuchte „tanzen“ und dort sterben. Damit fallen wichtige Bestäuber weg. Wie hell es

nachts in Städten ist, zeigt sich daran, dass die Sterne kaum zu erkennen sind.

Für das unterschätzte Problem der Lichtverschmutzung gibt es jedoch Lösungen: Effiziente, zielgerichtete, intelligent gesteuerte und zeitlich begrenzt eingesetzte nächtliche Beleuchtung spart Energie, trägt ausreichend zur Sicherheit und zum Sicherheitsempfinden bei, ermöglicht gesunden Schlaf und schützt die Natur. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass es kein „insektenfreundliches“ Licht gibt, sondern nur weniger Insektenschädliches.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Konsequente Umsetzung des § 21 Absatz 2 Naturschutzgesetz. Dort ist geregelt, dass im Sommer ganztägig und im Winter von 22 bis 6 Uhr die Fassaden nicht beleuchtet werden dürfen, soweit dies nicht aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder der Betriebssicherheit erforderlich bzw. auf Grund einer Rechtsvorschrift vorgeschrieben ist
- Verpflichtende Vorabprüfung neuer Beleuchtung entlang von Biotopen, Naturschutzgebieten und sonstigen Schutzgebieten im Hinblick auf Notwendigkeit und Auswirkungen auf die Umwelt

E. Forstwirtschaft

Der Wald ist zugleich ein Lebensraum für Tiere und Pflanzen, ein Erholungsraum für die Menschen und ein Wirtschaftsraum, der mit dem Holz einen umweltverträglichen und klimaneutralen Rohstoff liefert, der viel Kohlendioxid (CO₂) speichert. All dies ist er in Baden-Württemberg je nach Region in sehr unterschiedlichem Maße, weil der Wald sehr verschieden ist. Dies gilt es bei den politischen Vorgaben zu beachten.

Die rasante Klimaerwärmung stellt für den Wald eine große Gefahr dar. Daher braucht es zum einen konsequente Klimaschutz-Maßnahmen, zum anderen eine vorausschauende Anpassung des Waldes an sich ändernde klimatische Bedingungen. Er muss also in Zukunft vermehrt aus Bäumen und Büschen bestehen, die ein trockenes und warmes Klima vertragen. Dazu gehören beispielsweise Vogelkirsche, Spitzahorn und heimische Eichenarten. Monokulturen sollten Mischwäldern weichen. Im (Klein-)Privatwald soll der notwendige Umbau des Waldes durch forstliche Beratung und Förderprogramme unterstützt werden.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Vergrößerung der Fläche an Bannwald und naturbelassenem Wald auf 10 Prozent der Fläche im Staats- und Landeswald

- Intensivierung bzw. Wiederaufnahme forstlicher Förderprogramme, um die Anpassung der Wälder an den Klimawandel zu beschleunigen

- Unterstützung von forstlichen Zusammenschlüssen im (Klein-)Privatwald

- Weitere Förderung von Konzepten, die Waldbesitzern bisher nicht vergoltene Ökosystemdienstleistungen des Waldes (z. B. saubere Luft, Trinkwassererzeugung, Artenschutz) finanziell honorieren

- Unterstützung der Forschungsprojekte der Forstlichen Versuchsanstalt in Freiburg, insbesondere zur Biodiversität im Wald, Bodenschutz und Wassermanagement

- Forschung zu Verwendungsmöglichkeiten von Waldprodukten, z. B. zur stofflichen Nutzung von Laubholz

Der zukünftig höhere Anteil von Laubbäumen anstelle von Nadelbäumen erfordert Verwendungsmöglichkeiten des Laubholzes. Bisher wird insbesondere im Bauwesen vor allem Nadelholz nachgefragt.

- Initiativen zur Aufwertung forstlicher Berufsbilder

- Attraktive Arbeitsbedingungen für forstliches Personal, insbesondere für Forstwirte und Waldarbeiter

F. Jagd

Die ÖDP setzt sich für eine ökologisch ausgerichtete Jagd ein. Die Jagd soll sich dem Naturschutz und der Verhütung und Bekämpfung der Ausbreitung von Seuchen verpflichtet sehen. Nach Möglichkeit sollte das Wildbret und / oder Fell des gejagten Tieres verwendet werden. Die Jagd darf nur zu bestimmten Zeiten und mit Sachkenntnis durchgeführt werden, außerdem mit tierschutzgerechten Methoden.

Insbesondere soll die Jagd den Bestand an Schalenwild (v. a. Rehen und Hirschen) so begrenzen, dass die Verjüngung der Wälder mit den an Standort und künftiges Klima angepassten Baumarten auf Dauer sichergestellt wird und nicht durch zu viel Verbiss verhindert wird. Rehe und Hirsche fressen gerne die Keimlinge, Knospen, Blätter und Triebe der jungen Bäume. Außerdem schälen sie die Rinde mancher Baumarten. Diese Verbiss- und Schälschäden gilt es in einem für die Waldverjüngung und somit dem Waldumbau erträglichen Maß zu halten. Mechanische Schutzmaßnahmen mittels Zäunen und Schutzmanschetten oder Wuchshüllen

sind auch möglich, jedoch sehr aufwändig und sehr kostspielig.

Im Hinblick auf die Verhütung und Bekämpfung der Ausbreitung von Seuchen ist in erster Linie an die Afrikanische Schweinepest zu denken. Die Bejagung hoher Wildschwein-Bestände ist auch zum Schutz angrenzender Felder erforderlich.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Verbot tierquälerischer Jagdmethoden (z. B. der quälerischen Fallenjagd) sowie Verbot von Herstellung, Verkauf und Besitz von entsprechenden Fanggeräten (z. B. „Schwanenhals“)

G. Wölfe

Die ÖDP bekennt sich ausdrücklich zum Lebensrecht der Wölfe in freier Natur. Der Artenschutz dieser bedrohten Tierart hat einen sehr hohen Stellenwert, den es zu erhalten gilt. Der Wolf wird oft ausschließlich als ein gefährliches Raubtier dargestellt, das unter Nutztieren großen Schaden anrichtet. Im Wesentlichen spielt der Wolf in der Natur als Großraubtier eine wichtige Rolle. Er greift in die Bestände verschiedener Wildtierarten ein. Dabei reißt er in erster Linie Jungtiere sowie alte und kranke Tiere. So werden die Bestände vitaler und gesünder. Für den Menschen stellt der Wolf normalerweise keine Gefahr dar.

Mit der Rückkehr des Wolfes ist jedoch ein Konflikt mit der Weidetierhaltung verbunden, die die ÖDP ebenfalls ausdrücklich befürwortet. Sie dient einer Verbesserung des Tierwohls in der Landwirtschaft und der Pflege der Kulturlandschaft. Daher müssen die Nutztiere auf der Weide effektiv vor dem Wolf geschützt werden. Der Schutz sollte mittels Zäunen und Herdenschutzhunden erfolgen. Diese Schutzmaßnahmen haben sich in anderen Bundesländern (z. B. Niedersachsen und Brandenburg) und anderen EU-Staaten (z. B. in Slowenien sowie Mittel- und Süditalien, wo der Wolf nie ausgerottet wurde) bewährt. Die Bejagung von Wölfen sollte nur in Ausnahmefällen erfolgen.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Ausreichenden Schutz von Weidetieren in (potenziellen) Wolfsgebieten durch Errichtung und Instandhaltung von Schutzzäunen und durch Ausbildung und Haltung von Herdenschutzhunden
- Finanzierung der erhöhten Sach- und Personalkosten der Weidetierhalter über staatliche Beihilfen
- Kostendeckenden Schadensausgleich seitens des Landes bei Rissen, die vom Wolf verursacht wurden, sofern der Betrieb den empfohlenen Standardschutz umgesetzt hat

- Gezielte Entnahme von Wölfen, die wiederholt ordnungsgemäß ausgeführte Herdenschutzmaßnahmen überwinden oder sonstige gravierende Verhaltensauffälligkeiten zeigen
- Professionelles Wolfsmonitoring und -management, das problematisches Verhalten eines Wolfes frühzeitig erkennt und dem gegensteuert

Tierschutz

Mitgeschöpfe achten

Wer die ÖDP wählt, macht deutlich, dass Tiere keine Sachen, sondern Mitgeschöpfe mit eigenen Rechten sind.

Die Achtung vor dem Leben gebietet einen respektvollen Umgang mit den Tieren als Mitgeschöpfen. Ein solcher Umgang schließt Quälerei und Missbrauch aus. Das gilt für Tierhaltung und -schlachtung sowie für Tiertransporte und Tierversuche gleichermaßen.

A. Tierhaltung

Viele Fleischprodukte, die angeboten werden, kommen aus industrieller Intensiv-Tierhaltung. Deshalb sind sie so billig, was zu hohem Fleischkonsum beiträgt. Hier ist ein Umdenken notwendig. Industrielle Intensiv-Tierhaltung führt zu Tierleid, schadet der Gesundheit von Mensch und Tier und außerdem der Umwelt und dem Klima.

In Baden-Württemberg wird zu viel landwirtschaftliche Nutzfläche in Bauland und Verkehrswege umgewandelt. Folglich steht immer weniger Fläche für Tierhaltung, Futtermittelanbau und Gülleausbringung zur Verfügung. Das führt in Verbindung mit Preisdruck bei landwirtschaftlichen Produkten zu einer Intensivierung der Landwirtschaft und Tierhaltung. So hat zwar in den letzten Jahrzehnten die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit Tierhaltung deutlich abgenommen, nicht jedoch die Gesamtzahl der Nutztiere.

Ziel muss es sein, den Flächenverbrauch für Verkehr und Bauland zu reduzieren, für faire Preise zu sorgen und Agrarsubventionen verstärkt an Leistungen für Tierschutz und Umweltschutz zu binden.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Artgerechte Unterbringung und Pflege von Nutz-, Haus- und Zootieren
- Haltungsverbot von Wildtieren in Zirkussen
- Landesweite Kastrationspflicht für Freigängerkatzen, um die Zahl der Straßenkatzen zu reduzieren und die Tierheime zu entlasten
- Einführung einer Chippflicht für Haustiere, damit die Tierheime von Fundtieren und ausgesetzten Tieren entlastet werden
- Ausreichende Bewegungsfreiheit für Tiere, die zur Erzeugung von Fleisch bzw. Tierprodukten gehalten werden

- Mehr Transparenz beim Einkauf durch Einführung eines einheitlichen Qualitätssiegels für alle Tierprodukte

Dieses soll die bisherige Vielzahl an Siegeln ersetzen und leicht verständlich über die Art der Tierhaltung, mögliche Antibiotikabehandlung, das verwendete Tierfutter und die mögliche Verwendung von Totalherbiziden informieren.

- Unterstützung von Kampagnen zur Reduzierung des Fleischkonsums

B. Tiertransporte und -schlachtung

Ein möglichst geringer Fleischkonsum ist wünschenswert und anzustreben, bringt aber weiterhin die Notwendigkeit der Schlachtung mit sich. Schlachtungen sollten schonend, vor Ort und somit ohne lange Tiertransporte erfolgen. Derzeit finden sich in verschiedenen Regionen Baden-Württembergs nur wenige Schlachtstätten, was zu langen Transportwegen führt. Verschiedene Skandale zeigen, dass in manchen Schlachthöfen die Tierschutzbestimmungen nicht eingehalten werden. Es besteht also Handlungsbedarf, um landesweit das Ziel einer schonenden und regionalen Schlachtung zu erreichen.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Verstärkte Förderung von Maßnahmen, die einen tierschutzkonformen Schlachtprozess zum Ziel haben
- Gewährleistung einer gleichmäßigen Verteilung von Schlachtstätten in Baden-Württemberg; Schlachtviehtransporte nur über eine Entfernung von weniger als 100 Kilometern
- Nur Einsatz von Transportmitteln, in denen sich Tiere nicht verletzen können
- Schlachtung nur nach Betäubung

C. Tierversuche

Baden-Württemberg ist von einer hohen Dichte an biomedizinischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen der pharmazeutisch-chemischen Industrie geprägt. Das erklärt, dass in Baden-Württemberg vergleichsweise viele Tierversuche durchgeführt werden. Auch wenn die Zahl tendenziell abnimmt, ist sie weiterhin viel zu hoch. Fortschritte in der Forschung und ein besserer Schutz von Ver-

suchstieren sind auch gemeinsam möglich. Dazu sind intensive Förderung bereits verfügbarer und Entwicklung weiterer tierversuchsfreier Forschungsmethoden erforderlich. Ziel muss es sein, anhand eines ambitionierten und wissenschaftlich fundierten Ausstiegsplans möglichst bald zu einer weitgehend tierversuchsfreier Forschung zu kommen.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Weitere Förderung und weiterer Ausbau des landesweiten 3R-Netzwerkes

Das bedeutet, dass Tierversuche zu ersetzen (Replace), zu reduzieren (Reduce) und – sofern noch nicht vermeidbar – zu verbessern (Refine) sind.

- Verstärkte Schulung und Begleitung der Forschungseinrichtungen und Unternehmen in der Anwendung der tierversuchsfreien Alternativmethoden
- Wegfall quälender und leidvoller Tierversuche
- Vermeidung von Tierversuchen und Tierverbrauch im Studium

Dazu ist eine verbindliche und aktuelle Liste von alternativen Lehrmethoden zu erstellen.

Verkehr

Vorfahrt für Schiene, Bus und Rad

Wer die ÖDP wählt, setzt sich für ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsnetz ein.

Die ÖDP setzt sich für eine umweltverträgliche Mobilität ein. Der Verkehr soll so gestaltet werden, dass Menschen gerne zu Fuß gehen, Rad fahren oder vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Wirtschafts- und Siedlungsstrukturen sowie die Förderpolitik mehr auf Fuß- und Radverkehr und auf Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) als – wie bisher – auf motorisierten Individualverkehr ausgerichtet sein. Das senkt den Energie- und Rohstoffverbrauch und schützt Umwelt und Klima.

A. Verkehrsvermeidung

Die Wirtschafts- und Siedlungsstrukturen sind im gesamten Baden-Württemberg auf den motorisierten Individualverkehr ausgerichtet. Arbeits- und Freizeitplätze befinden sich heute häufig weitab vom Wohnort und sind zum Teil schlecht mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu erreichen. Diese Fehlentwicklung liegt in einer Förderpolitik zugunsten des motorisierten Individualverkehrs begründet.

Kürzere Wege setzen eine Siedlungspolitik voraus, die dafür sorgt, dass sich Wohnungen, Arbeitsstätten sowie Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten in einer möglichst geringen Entfernung voneinander befinden. Das schont nicht nur Klima und Umwelt, sondern auch den Geldbeutel. Darüber hinaus ist damit ein Zeitgewinn verbunden.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Zusammenführung von Wohnungen, Arbeitsstätten, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten in Bau- und Sanierungsgebieten
- Planung neuer Gewerbegebiete in der Regel in der Nähe von bestehender Wohnbebauung, sofern keine hohen Emissionen zu erwarten sind

B. Fuß- und Radverkehr

Kürzere Wege führen dazu, dass die Wegstrecken vermehrt zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden können. Die Füße und das Fahrrad sind die umweltfreundlichsten Verkehrsmittel. Daher sind dem Fuß- und Radverkehr ausreichende Beachtung zu schenken. Er darf nicht so vernachlässigt werden, wie es vielerorts selbst heute noch der Fall ist. Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen, soll Spaß machen und entspannend sein. Dem Fuß- und Radverkehr müssen eigene und gleichrangige Wege angeboten werden. Sie sollen möglichst vom Autoverkehr getrennt und somit sicher sein. Nach Möglichkeit sollen sie darüber hinaus einen Erholungs- und Erlebniswert haben. Sichere und attraktive Fuß- und Radwege werden gerne und viel genutzt.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Trennung von Fuß- und Radwegen, sofern ausreichend Platz vorhanden
- Eigene, vom Autoverkehr getrennte Radfahrstreifen

Schutzstreifen auf der Fahrbahn sind nur dort sinnvoll, wo eigene Radfahrstreifen nicht möglich sind.

- Mehr Fahrradschnellwege
- Einheitliche und informative Wegweiser für den Radverkehr, die in ausreichender Entfernung gut lesbar sind
- Förderung des Radtourismus

Dazu gehört nicht nur ein attraktives touristisches Radwegenetz, sondern auch dessen nationale und internationale Vermarktung.

C. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Dem ÖPNV kommt bei der Verkehrswende eine zentrale Rolle zu. Dieser muss kostengünstig und dabei leistungsfähig und zuverlässig sein. Die Reisenden müssen davon ausgehen können, dass sie pünktlich an ihrem Ziel ankommen. Dazu gehört insbesondere auch, dass sie ihre Anschlüsse erreichen. Zudem ist insbesondere in ländlichen Regionen für ausreichende ÖPNV-Verbindungen zu sorgen.

Derzeit ist der Bahnverkehr wegen zahlreicher Ausfälle und Verspätungen zu unzuverlässig. Das hängt damit zusammen, dass die Bahn in den vergangenen Jahrzehnten kaputtgespart und privatisiert worden ist. Für die bundeseigene Aktiengesellschaft sind die Gewinne des Hauptaktionärs Bund im Fokus, nicht die allgemeine Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit. Bei der Streckenvergabe werden für die Betreiber ruinöse Verträge geschlossen. Das gilt auch für den Busverkehr. Es muss darauf hingear-

beitet werden, dass die Deutsche Bahn (DB) wieder zu einer bundeseigenen und gemeinnützigen Eisenbahn wird.

Ein technologisch und kundenspezifisch optimiertes Bahnsystem schafft viele konjunkturunabhängige Arbeitsplätze. Hierzu gehört auch ein weitreichendes Spektrum an Dienstleistungsangeboten rund um den ÖPNV.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Schiene (im Stadt-, Nah- und Fernverkehr) als Verkehrs- und damit Siedlungsentwicklungsachse
- Langfristige Beibehaltung des Deutschlandtickets
- Einplanung eines oberirdischen Teilbahnhofes in die auf dem bisherigen Gelände des Stuttgarter Hauptbahnhofs vorgesehene Wohnbebauung, damit Ausweitungen des Verkehrs möglich sind
- Umwandlung von Umsteigeknoten und Vorortbahnhöfen zu attraktiven Treffpunkten
- Verknüpfung des Straßenbahnverkehrs mit dem Umlandschienenetz (Beispiel Karlsruhe/Heilbronn/Freiburg)
- Landesweiter Ausbau von Bahnhöfen zu Mobilitätszentren, die Bahn-, Bus- und Individualverkehr mit dem Fahrrad- und Fußgängerverkehr verknüpfen

- Rampen statt Aufzüge

Aufzüge sind häufig defekt und zudem oft für Fahrräder und Rollstühle zu klein.

- Finanzierung eines ausgebauten ÖPNV- und Fahrradnetzes in den Städten auch durch neue Einnahmequellen wie z. B. die City-Maut
- zweigleisiger Ausbau von eingleisigen Strecken

Wo dies nicht möglich ist, sollten zumindest die Streckenabschnitte um Bahnhöfe, wo sich Züge häufig begegnen (Kreuzungsbahnhöfe) zweigleisig ausgebaut werden. So wird vermieden, dass Züge auf verspätete entgegenkommende Züge warten müssen.

- Taktfahrplan, der Züge und Busse umfasst

Die Abfahrt der Busse soll mit ausreichender Umsteigezeit nach der Ankunft der Züge erfol-

gen. Busfahrer sind darauf zu verpflichten, bei Zugverspätungen von wenigen Minuten bis zur Ankunft des Zuges zu warten. Hierfür ist den Busfahrern ein System zur Verfügung zu stellen, damit sie die tatsächlichen Ankunftszeiten der Züge ersehen können.

D. Güter- und Fernverkehr

Die verstärkte Globalisierung und ein geändertes Einkaufsverhalten, bei dem Waren vermehrt über das Internet bestellt werden, haben zu einer ständigen Zunahme des Güterverkehrs geführt. Dieser wird in einem zu hohen Maße mit LKWs durchgeführt. Dies schädigt Klima und Umwelt und verstopft die Straßen. Als Verbraucher sind alle aufgefördert, regionale Produkte zu kaufen und damit Güterfernverkehr weitgehend zu reduzieren.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Massengütertransporte vorrangig mittels Bahn und Schiff
- Ein vertaktetes Huckepacksystem (für den LKW-Haus-zu-Haus-Verkehr) auf mehr Schienenstrecken
- Freihaltung ungenutzter Bahnflächen für zukünftige Verkehre und zeitnahe Wiederinbetriebnahme stillgelegter Strecken
- Einsatz des Landes für mehr und bessere Fernzug-Verbindungen ins Ausland

Das macht bei Auslandsreisen die umweltfreundliche Bahn gegenüber dem umweltschädlichen Flugzeug attraktiver.

E. Straßenverkehr

Die Straße darf nicht länger Konkurrent der Schiene sein, sondern muss diese sinnvoll ergänzen. Dabei soll das Hauptgewicht auf dem ÖPNV und nicht auf dem motorisierten Individualverkehr liegen. Der Schienenverkehr bedarf enormer Investitionen, um leistungsfähig und zuverlässig zu werden. Das schließt aus, zugleich das Straßennetz auszubauen.

Der Unterhalt des Schienen- und Straßennetzes verschlingt enorme Summen und bedarf des hohen Einsatzes von Energie und Rohstoffen. Von Befürwortern des ständigen Wirtschaftswachstums wird ein Ausbau sämtlicher Infrastruktur gefordert, was die Kosten und den Energie- und Rohstoffaufwand immer weiter erhöht. Das ist unter wirtschaftlichen, finanziellen und ökologischen Gesichtspunkten unsinnig und unverantwortlich. Die ÖDP fordert, dass zielgerichtet nur das Schienennetz ausgebaut

wird. Verkehrsvermeidung in Verbindung mit einem leistungsfähigen und zuverlässigen ÖPNV führt zu einer Verringerung des motorisierten Individualverkehrs. Damit bedarf es keines weiteren Ausbaus des Straßennetzes mehr. Damit entfällt auch der Zwang, durch ständiges Wirtschaftswachstum die staatlichen Einnahmen immer weiter erhöhen zu müssen, um damit die ausufernde Verkehrsinfrastruktur zu unterhalten.

Wer über moderne Mobilität spricht, darf die Gefahren des Straßenverkehrs nicht außer Acht lassen: Allein 2023 starben auf Baden-Württembergs Straßen 369 Menschen, darunter zahlreiche Kinder.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Sorgsame Instandhaltung des Straßennetzes statt Ausbau und punktueller Rückbau dort, wo es möglich und sinnvoll ist
- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften mit Ausweisung von höheren Geschwindigkeiten auf ausgewählten Hauptstraßen
- Dies dient dem Lärmschutz, der Verkehrssicherheit und dämmt den Schilderwald ein.
- Einführung eines Tempolimits von 130 km/h auf Autobahnen entsprechend der bereits geltenden Richtgeschwindigkeit
- Fahrverbot als Regelstrafe bei groben Geschwindigkeits- und Abstandsverstößen
- Engmaschige Überwachung der Lenk- und Ruhezeiten bei LKW und Bussen sowie häufigere Überprüfung der LKW-Fahrzeugsicherheit
- Erhöhung des Personalbestands der Verkehrspolizei
- Stärkere Kontrollen gegen motorisiertes Rowdytum und höhere Strafen für gefährliches Überholen, zu schnelles Fahren oder zu dichtes Auffahren
- Umstellung des Fuhrparks der öffentlichen Verwaltung auf umweltfreundlichere Fortbewegungsmittel, soweit möglich
- Förderung alternativer Antriebsarten wie z. B. Brennstoffzellen und regenerativ erzeugte, synthetische Kraftstoffe für Verkehrsbereiche, in denen der Batterieantrieb nicht sinnvoll ist

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Umwelt- und menschenfreundlich wirtschaften

Wer die ÖDP wählt, stimmt für eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, die ihren Namen verdient, sich am Gemeinwohl orientiert und ohne Zwang zu ständigem Wachstum auskommt.

Gegenwärtig ist die Wirtschaftspolitik - wie in ganz Deutschland so auch in Baden-Württemberg - vom Streben nach ständigem Wirtschaftswachstum bestimmt und höchstens mit der Zielsetzung versehen, dass es „grün“ sein soll. Die Marktwirtschaft ist derzeit weder umweltfreundlich (ökologisch) noch sozial, sondern trägt zur rasanten Klimaerwärmung, zur fortschreitenden Umweltzerstörung, zu Kriegen und Flüchtlingsströmen bei. Vorherrschendes Ziel ist die Gewinnmaximierung, nicht das Gemeinwohl. Die vom Gemeinwohl geprägte Wirtschaft steckt derzeit noch in den Kinderschuhen. Volkswirtschaftlich gesehen müssen die Kosten, die durch die Behebung von Schäden und den Unterhalt einer ständig wachsenden Infrastruktur entstehen, von den Einnahmen abgezogen werden. Dies geschieht jedoch nicht, sondern die Behebung der Schäden und der Unterhalt erfordern viel Arbeit und tragen so ironischerweise zu einer weiteren Steigerung des Bruttosozialprodukts bei. Diese Wirtschaftsweise infrage zu stellen, bedeutet keine „Rückkehr in die Steinzeit“, sondern ist ein Gebot wirtschaftlicher und ökologischer Vernunft.

Ein Gebiet, auf dem tatsächlich noch Wachstum möglich und notwendig ist, ist die Kreislaufwirtschaft. Viele Abfälle sind vermeidbar oder können recycelt werden, wenn die entsprechende Anlagentechnik verfügbar wäre. Oft existieren sogar Recyclingverfahren, für deren wirtschaftlichen Einsatz jedoch die richtigen politischen Rahmenbedingungen fehlen.

„Wohlstand“ darf nicht allein finanziell und materiell, sondern muss ganzheitlich im Sinne der Lebensqualität verstanden werden. Die natürlichen Ressourcen der Erde sind begrenzt. Der finanzielle und materielle Wohlstand und der übermäßige Konsum der Menschen werden mit der Ausbeutung ihres Planeten erkaufte. Dabei machen materielle Dinge die Menschen nur bis zu einem bestimmten Punkt zufriedener. Lebensqualität umfasst mehr als nur materiellen Wohlstand durch ständige Steigerung des Bruttoinlandsprodukts. Zur Lebensqualität gehören neben der Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse auch gelungene soziale Beziehungen, Gesundheit, eine intakte Natur, persönliche Freiheit, Engagement und befriedigende Arbeit,

ausreichende Freizeit und eine positive innere Einstellung.

A. Wirtschaft ohne Wachstumszwang

Ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum ist aus ökologischen Gründen nicht möglich. Die fortschreitende Zersiedelung und Zerschneidung der Landschaft, das dramatische Artensterben, der immer höhere Rohstoffverbrauch und der Klimawandel erfordern ein Umdenken und ein anderes Wirtschaften, abseits vom Streben nach möglichst hohem Gewinn.

Baden-Württemberg ist stark von der Automobilindustrie und deren Zulieferfirmen abhängig. Es bedarf eines tiefgreifenden Wandels hin zu einer innovativen und zukunftsfähigen Industrie, die breiter aufgestellt ist und möglichst wenig Rohstoffe verbraucht.

Eine konsequente umwelt- und menschenfreundliche Wirtschaft setzt auf Handwerk, Kleingewerbe und Mittelstand und bringt einen Wandel auf dem Arbeitsmarkt mit sich. Herkömmliche Arbeitsplätze z. B. in der Automobilproduktion fallen weg, dafür entstehen neue Arbeitsplätze z. B. in Reparaturbetrieben. Die Umsetzung der EU-Reparaturrichtlinie und die Kreislaufwirtschaft werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen. Das Land muss aber auch verstärkt Innovationen und Start-Ups fördern, beispielsweise bei der Entwicklung und Herstellung von Umwelttechnologien. Dadurch können neue Industriezweige und damit neue Beschäftigungsfelder entstehen. Auch bei der Altbausanierung, bei der dezentralen Versorgung mit Energie, im Bereich der Pflege und Erziehung sowie im öffentlichen Personennah- und Fernverkehr werden Arbeitskräfte benötigt.

Infrastruktur (Straßen, Schienen- und Wasserwege, Wasser- und Energieversorgung sowie Kommunikationsnetze) ist unbedingt nötig, insbesondere auch für das wirtschaftliche Handeln. Es darf jedoch nicht das Ziel sein, immer mehr Infrastruktur zu schaffen, die mit immer mehr Rohstoff- und Arbeitseinsatz und mit ständig steigenden Kosten unterhalten werden muss, sondern das Ziel muss sein, die Infrastruktur funktionsfähig zu erhalten.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Stärkere Förderung von Innovationen und Start-Ups

In Deutschland entwickelte Innovationen sollen auch in Deutschland produziert werden.

- Ausweitung der nachhaltig zertifizierten Tourismusregionen im Land, denn Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftszweig
- Konsequente Beschäftigung und Integration von Menschen mit Behinderung in weitgehend allen Arbeitsbereichen
- Zunahme der Ausbildungsplätze in allen Betrieben durch entsprechende Förderung
- Gewinnung von Fachkräften aus den schrumpfenden Wirtschaftsbereichen gezielt für andere Branchen

Dies soll unter anderem durch weiterentwickelte Transfergesellschaften und Arbeitsmarktdrehscheiben möglich werden

Die Landesregierung hat nicht in allen Wirtschaftsbereichen Entscheidungskompetenz, kann aber über Bundesratsinitiativen bei den folgenden Punkten aktiv werden:

- Bessere Bezahlung und verstärkte Anerkennung der Arbeitsplätze im Pflegebereich
 - Stärkere Förderung der Teilzeitmöglichkeiten
 - Festlegung eines Mindestlohns, der das Existenzminimum auf jeden Fall abdeckt und im Alter eine ausreichende Rente sichert
- Bei Saisonarbeitskräften in der Landwirtschaft, die keinen dauerhaften Wohnsitz in Deutschland haben, kann davon abgewichen werden.
- Verringerter Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen im Handwerk
 - Weitgehende Entlastung von Kleinselbständigen zur Förderung von deren Eigeninitiative
 - Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft von Gewerbetreibenden in Kammern und Verbänden.
 - Weitgehende Beibehaltung der arbeits- und verkaufsfreien Sonn- und Feiertage als Ruhetage

Als Ausnahmen sind wie bisher die verkaufsoffenen Sonntage vorzusehen.

- Schnelle Umsetzung der EU-Reparaturrichtlinie

Mit diesem „Recht auf Reparatur“ soll es für Verbraucher einfacher werden, ihre Produkte zu reparieren und die Nutzungsdauer von Produkten zu verlängern. Die Richtlinie zwingt Hersteller, defekte Produkte nach dem Ablauf der gesetzlichen Gewährleistung zu reparieren, wenn dies möglich und nicht teurer als ein Ersatzgerät ist.

- Mehr Unterstützung einer lokalen Produktion, weg von der vorrangigen Ausrichtung an der Globalisierung

In Zeiten von Zolldiskussionen und bei steigenden Risiken in globalen Lieferketten muss die Produktion vor Ort gefördert werden. Gerade kritische Güter wie Medikamente oder Schutzausrüstungen müssen vor Ort produziert werden.

B. Kreislaufwirtschaft

Ziel der Abfallvermeidung ist es, im Sinne des Ressourcenschutzes die Abfallmenge und deren Schadstoffgehalt zu minimieren. Dabei kommt dem recyclingfreundlichen Produktdesign eine besondere Rolle zu. Die Entsorgung bzw. das „zweite Leben“ wird bei der Entwicklung von Produkten im besten Fall bereits mitgedacht. Weitere Bausteine sind die Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit:

Langlebige, reparierbare Produkte, Verzicht auf nicht benötigte und kurzlebige Dinge (z. B. Fast Fashion), Nutzen statt Besitzen sind nur einige Stichworte, die beschreiben, dass jeder Einzelne seinen Beitrag leisten kann.

Nicht verwertbare und schadstoffhaltige Abfälle, wie asbesthaltige Abfälle, müssen umweltverträglich beseitigt werden. Dafür sind entsprechende Kapazitäten vorzuhalten.

Mit dem Fokus auf Klimaschutz kommt zum einen der Förderung von Projekten, die Energie aus Abfällen statt aus fossilen Brennstoffen produzieren, eine wichtige Bedeutung zu. Zum anderen sollte die Optimierung der Deponiegas-Erfassung und deren Verwertung weiterverfolgt werden. Auch der große Bereich der Sekundärrohstoffgewinnung kann einen Beitrag leisten, da der Energiebedarf in aller Regel deutlich geringer ist als bei der Verwendung von Primärrohstoffen. Viele Abfälle (Klärschlamm, Batterien, etc.) enthalten außerdem relevante Mengen an kritischen Rohstoffen, deren Rückgewinnung lohnend ist.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Konsequente Umsetzung der Abfallhierarchie, z. B. durch stärkere Unterstützung von Projekten zur Abfallvermeidung

Die Abfallhierarchie besagt, dass Abfälle an erster Stelle zu vermeiden sind. Wenn das nicht möglich ist, ist die Wiederverwertung anzustreben. Wenn auch diese nicht möglich ist, sind – in dieser Reihenfolge – Recycling oder sonstige Verwertung (z. B. für energetische Zwecke) anzustreben. Die Abfallbeseitigung schließlich

sollte die letzte Möglichkeit der Entledigung darstellen.

- Unterstützung von Ideen und Testanlagen für innovative Recyclingprodukte insbesondere für die Bauwirtschaft
- Festlegung der Kriterien, wann aus einem Abfall ein Produkt wird (Definition Abfallende)

Damit werden Vermarktungshindernisse, z. B. für Komposte oder Erdaushub, abgebaut.

C. Gemeinwohlökonomie

Die Wirtschaft soll nicht die ständige Vermögenvermehrung einiger weniger zum Ziel haben, sondern den Wohlstand der gesamten Bevölkerung sicherstellen. Unternehmen sollen möglichst umweltfreundlich produzieren und ihre Mitarbeiter fair bezahlen. Sie sollen weniger konkurrieren und mehr zusammenarbeiten. All dies bedarf verstärkter Anreize.

Derzeit machen die meisten Unternehmen nur eine Finanzbilanz. Je mehr Gewinn ein Unternehmen macht, desto erfolgreicher ist es demnach. Nur wenige Unternehmen machen auch eine Gemeinwohl-Bilanz. In einer Gemeinwohl-Bilanz wird ein Unternehmen samt den Zulieferern ganzheitlich betrachtet. Es wird geprüft, ob hinsichtlich der Arbeitsbedingungen die Menschenwürde eingehalten wird, ob die Arbeitsverträge fair sind und Gelder sozial eingesetzt werden, ob die Produktion umweltfreundlich erfolgt und ob Entscheidungen transparent getroffen und Mitentscheidung der Mitarbeiter ermöglicht werden. Und dafür ist nicht einmal ein Lieferkettengesetz notwendig.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Aufnahme des Ziels, dass die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dem Gemeinwohl dient, in die Landesverfassung

In Bayern ist dieses Ziel bereits in der Verfassung verankert. So heißt es in Artikel 151: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gesamtwohl.“

- Zertifizierung aller landeseigenen Unternehmen nach der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ), und zwar im Laufe der nächsten Jahre
- Verdoppelung des Landeszuschusses für Fördervorhaben zur GWÖ auf 200.000 Euro pro Jahr
- Anreize für Unternehmen, eine Gemeinwohl-Bilanz durchzuführen, beispielsweise durch Steuererleichterungen oder die Bevorzugung bei öffentlichen Aufträgen

Schlusswort

Wie notwendig die Bewahrung unserer natürlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen ist, haben die etablierten Parteien immer noch nicht begriffen. Deren Politik erschöpft sich in der Symptombekämpfung und in wohlklingenden Absichtserklärungen.

Dieser kurzsichtigen Strategie setzt die ÖDP eine Politik entgegen, die an den Ursachen der Probleme ansetzt und sich an ethischen Wertmaßstäben orientiert. Achtung vor dem Leben, Ehrlichkeit, Verbindlichkeit und Maßhalten in allen Bereichen sind Werte, die auch in der baden-württembergischen Landespolitik wieder stärker zur Geltung kommen müssen.

Unterstützen Sie deshalb die ÖDP mit Ihrer Stimme.



A handwritten signature in black ink that reads "G. Klamt".

Guido Klamt
ÖDP-Landesvorsitzender

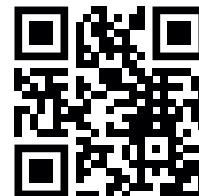
Dieses Programm wurde beschlossen vom Landesparteitag am 8. November 2025 in Gerlingen.



Ökologisch-Demokratische
Partei | Familie und Umwelt
Baden-Württemberg

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
Bismarckplatz 4 | 70197 Stuttgart
Fon 0711-63 64 644 | www.oedp-bw.de

Besuchen Sie uns doch auf
www.oedp-bw.de



und folgen Sie uns auf den Social
Media Portalen:

